

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Franz und Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernspr. 1667. Redaktion und Druckerei: Dr. Mühlstein, S. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 961.

Brünnnerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Frangierlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk. monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 resp. 3.50 Mk. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Inzerptionsgebühr: die sechsgespaltene Zeile 15 Pf., andwärts 25 Pf., im Restriktivteil 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 390

Nr. 200.

Magdeburg, Mittwoch den 29. August 1906.

17. Jahrgang.

Gewerkschaften und Partei.

Wir erhalten die folgende Zuschrift:

Die Differenzen, welche gegenwärtig zwischen Partei und Gewerkschaft bestehen, haben Anlaß zu zahlreichen Besprechungen in der Parteipresse gegeben, aus denen erfreulicherweise ein gemeinsamer Zug hervorleuchtet, der sich in dem ernstesten Bestreben ausdrückt, Mittel und Wege zu finden, um solche Differenzen für die Zukunft zu vermeiden!

Zunächst sei hier nochmals festgestellt, daß es sich bei den in Erscheinung getretenen Differenzen absolut nicht um solche handelt, die innerhalb der großen Masse der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter sich etwa bemerkbar gemacht hätten. Im Gegenteil muß konstatiert werden, daß es sich die Arbeiter, welche innerhalb der beiden Bewegungen organisiert sind, mit jedem Tage mehr bewußt werden, daß beide Gruppen der Arbeiterbewegung zusammengehören und zur Führung des erfolgreichen Kampfes gegenüber den reaktionären Mächten, die sich im geschlossenen Ansturm aller Scharfmacher und Dunkelmänner sowie in der Vereinigung aller „bürgerlichen Parteien“ gegen die Freiheitsbestrebungen der Arbeiterklasse bemerkbar machen, eng aufeinander angewiesen sind. Meinungsverschiedenheiten wird und muß es natürlich immer geben, aber innerhalb der gesamten modernen organisierten Arbeiterschaft haben solche Meinungsverschiedenheiten absolut nicht den Geist und den Gedanken enger Zusammengehörigkeit ungünstig beeinflussen können! Es ist keine Phrase, wenn wir behaupten, Differenzen oder auseinanderweichende Strömungen gibt es nicht innerhalb der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterbewegung, soweit dieselbe Anspruch darauf hat, zu der freien Richtung zu gehören, die sich nicht mit dem

sondern der Erkenntnis huldigt, daß sich die Lösung der sozialen Frage für die Arbeiterklasse nur auf dem Boden des Klassenkampfes vollziehen kann!

Es bleiben also nur Meinungsverschiedenheiten übrig, die leider die Form ernstlicher Differenzen annehmen, welche sich zwischen den Führern und geistigen Beratern der beiden Richtungen bemerkbar gemacht haben. Selbstverständlich hat jeder Teil und jede Richtung seine Anhänger unter den Arbeitern, das konnte und kann aber nicht dazu beitragen, die Masse der organisierten Arbeiter auseinanderzubringen, um so weniger, als die Arbeiterklasse es ganz richtig erkannt hat, daß sich die Differenzen in den oberen Regionen nur um die Frage der Taktik drehen, im Grunde aber volle Uebereinstimmung über die Grundlagen und die gemeinsamen Ziele des proletarischen Kampfes herrschen.

Nun soll der Zweck meines Artikels der sein, einen Vorschlag zu machen, bei dessen Annahme und Befolgung solche Differenzen, wie dieselben eben in den „oberen Regionen“ herrschen, für die Zukunft möglichst zu vermeiden und eine ersprießliche beiderseitige Zusammenarbeit zu ermöglichen. Es wurden ja bereits verschiedene derartige Vorschläge von den Genossen verschiedener Orte unterbreitet, die im wesentlichen dahin lauten, daß Parteivorstand und Generalkommission sich bei ihren Beratungen durch Vertreter der beiden Körperschaften ergänzen sollen. Dieser Vorschlag hat viel Bestechendes für sich, ich glaube aber nicht, daß er von den beiden Körperschaften mit viel Sympathie aufgenommen wird. Denn es steht doch fest, daß die Genossen in beiden Körperschaften schon ohnehin genug überlastet sind, und darum wird es wohl nicht so leicht gehen, die Zeit für alle die Sitzungen freizumachen, die in beiden Körperschaften nötig sind. Außerdem ist es ganz unnötig, daß die Vertreter der Partei an allen Sitzungen der Generalkommission und umgekehrt teilnehmen, diese Teilnahme ist doch nur erforderlich bei den Fragen, die gemeinsamer Natur sind und gemeinsame Aktionen voraussetzen.

Die gemeinsamen Aktionen bei großen Bewegungen, die die gesamte Arbeiterschaft interessieren oder in Mitleidenenschaft ziehen, setzen aber auch klare, gemeinsame und zeitige Verständigung bei den maßgebenden Körperschaften voraus. Dieses kann durch gelegentliche Besprechungen nicht erreicht werden. Um kurz auf den Kernpunkt der jetzt schwebenden Differenzen einzugehen, will ich damit bezwecken, klarzulegen, daß in Zukunft bei Annahme meines noch folgenden Vorschlags derartige wie jetzt gezeigte Unstimmigkeiten nicht vorkommen könnten.

Im wesentlichen dreht sich der Streit um die Stellungnahme zur Waisener und zum General- oder Massenstreik. Beide Teile, Parteivorstand wie Generalkommission, sind sich über die grundlegenden Bedeutungen der beiden Fragen im Prinzip einig. Es handelt sich nur darum, welche Taktik den beiden Fragen gegenüber die richtigere ist. Bei der Waisenerfrage handelt es sich „um die würdevollste Form“ derselben, die mit oder ohne weitgehendste Ausschüttung der

Arbeitsruhe am 1. Mai erzielt werden kann. Ferner um die Kämpfe und die daraus folgenden Opfer, welche durch die Arbeitsruhe am 1. Mai entstehen. Diese Fragen lassen sich leicht, bei gegenseitigem guten Willen, in einer Form lösen, die möglichst allen Wünschen gerecht wird. Aber wie diese Lösung herbeiführen?

Die Beantwortung folgt gleich, nach kurzer Streifung der Massenstreikfrage. Auch in dieser Frage sind sich die leitenden Genossen darüber einig (bis auf wenige Ausnahmen), daß der Massenstreik eventuell als Abwehrmittel gegenüber schärfstem Vorgehen der Gegner — wie in der Frage eventueller Verschlechterung des Reichstagswahlrechts — gegebenenfalls einsetzen muß und wird. Auch darüber ist man sich einig, daß zurzeit für uns keine Möglichkeit besteht, einen aussichtsreichen Massenstreik zu inszenieren und durch einen solchen Erfolge zu erzielen. Ganz glauben einige temperamentvolle Genossen, diese Zeit sei jetzt schon gekommen, sie irren sich darin aber sehr, und wir wollen ruhig zugeben, daß wir vorläufig absolut kein Interesse an der plötzlichen Lösung der Massenstreikfrage haben können, weil uns eine solche Lösung nur Schaden zufügen könnte.

Man braucht bei Besprechung dieser Fragen absolut nicht mit den Schlagwörtern von Radikalen und Revisionisten zu operieren. Der eine Teil wünscht ein schnelleres, begeistertes Tempo in unserer Bewegung, das vor keinen Opfern zurückschreckt, der andre Teil wagt kühl ab, ob wir bei irgendwelchen Aktionen Vorteile erzielen können, die des Einsatzes wert sind, oder nur Nachteile zu erwarten haben. Beide Richtungen vereinigen sich in gemeinsamer ernster Arbeit den richtigen gangbaren Weg zur Lösung aller schwierigen Probleme.

So sollte es sein, so ist es leider aber nicht! Gähnt sich denn kein Weg finden, der sozialdemokratische Partei

Wir brauchen eine Korporation, die zu allen gemeinsamen Fragen laufend Stellung nimmt und die Richtschnur zu allen großen Aktionen gibt. Diese Korporation sollte den Namen tragen „Aktionausschuß der freien deutschen Arbeiterbewegung“. Die Zusammensetzung des Ausschusses hätte in der Art zu erfolgen, daß jeweils die Generalkommission und der Parteivorstand drei ihrer Mitglieder und die Presse ein Mitglied in den Ausschuß zu entsenden hätten. Der Aktionausschuß sollte keine vorgegebene Beförderung über Parteivorstand und Generalkommission bilden, sondern alle schwebenden Fragen in und mit deren Zusammenarbeit lösen.

Die Aufgaben des Aktionausschusses wären wesentlich folgende: 1. Zur Waisenerfrage: Gemeinsame Klärung und Propagierung derselben. Vorbereitung der alljährlichen Waisener auf gemeinsamer Grundlage bei Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen. 2. Stellungnahme zu allen öffentlichen Parliamentswahlen und Festlegung einer gemeinsamen Richtschnur für dieselben. 3. Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage überhaupt, Erwägung der geeigneten Mittel, welche im Kampfe für die Erwerbung des gleichen, freien und geheimen Wahlrechts dienen sollen. Festlegung der Kampfmethode mit Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen. 4. Stellungnahme zu drohenden großen Ausschüerungen, Streiks usw., Erwägung der Mittel zur Abwehr derselben und zur Vermeidung von Niederlagen der Arbeiterklasse. Wenn nötig gemeinsame Aktion auch in der Unterstützungfrage. 5. Selbstverständliche Stellungnahme zu allen Vorgängen in den Staatsparlamenten, soweit dieselben durch die Gesetzgebung usw. in das allgemeine Arbeiterleben eingreifen würden. Auch hierfür Festlegung von gemeinsamen Abwehrmitteln.

Eine ganze Reihe Fragen, die stets Gewerkschaften und Partei gleichmäßig berühren, würde der Ausschuß aus eigener Initiative zu erledigen haben. Die Beschlüsse des Aktionausschusses müßten sich natürlich aufbauen auf den Beschlüssen der verschiedenen Kongresse. Um hier Widersprüche zu beseitigen und die gemeinsame Kampflinie zu finden, müßte der Ausschuß zu allen wichtigen Kongressfragen, welche die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gleichermaßen interessieren, vorher schon Stellung nehmen und den Kongressen die geeignete Richtschnur empfehlen. Natürlich müßte es dem Ausschuß überlassen bleiben, zur Klärung wichtiger Fragen geeignete Mitglieder beider Richtungen hinzuzuziehen.

Es müßte doch sonderbar zugehen, wenn auf diese Art nicht in allen Fragen eine gemeinsame Aktion zu erzielen wäre und damit die Nachteile der Zersplitterung beseitigt würden. Durch die Teilnahme der Praktiker in Verbindung mit den Theoretikern wird sich die Sicherheit ergeben, daß bei den gemeinsamen Beratungen nur Gutes für die gesamte Arbeiterbewegung heraus käme. Daran wollen wir doch nicht zweifeln, denn alle befeelt doch der Geist gemeinsamen Interesses, zum Wohl der unterdrückten Menschheit

mit den besten und tüchtigsten Mitteln den großen Befreiungskampf zu führen.

Möge man meinen Vorschlag also vorurteilsfrei prüfen und aus denselben möglichst noch etwas Besseres heraus finden! Vermieden habe ich geflissentlich jede Anekdote nach dieser oder jener Seite, und das sollte immer so sein, dann würden wir ein gutes Stück vorwärts kommen.

Noch einiges zur gedachten Tätigkeit des Aktionausschusses. Die Sitzungen des Ausschusses brauchten nur nach Bedarf stattzufinden, und hätten die beteiligten Genossen dann Zeit genug, um an den Beratungen ihrer Körperschaften teilzunehmen. Da dem Aktionausschuß nur die wichtigsten allgemein berührenden Fragen überwiesen würden, so könnte sich derselbe mit voller Energie denselben widmen. Anders läge es nach meiner Meinung, wenn die Vertreter beider Körperschaften an den jeweiligen Sitzungen der Generalkommission und des Parteivorstandes teilzunehmen hätten. Der Aktionausschuß soll eben freie Bahn haben zur Klärung der großen Fragen, und sich nicht mit Nebensächlichkeiten zu befassen brauchen. Rechenschaft müßte der Aktionausschuß den beiden Körperschaften gegenüber geben. Bei solch gemeinsamer Arbeit wird es dann auch möglich sein, in der Zukunft die Frage der Unterrichtskurse in der Art zu lösen, daß Partei und Gewerkschaften eine gemeinsame Hochschule einrichten, die zur Grundlage hat, die zu Belehrenden in allen gemeinsamen Fragen gleichmäßig zu unterrichten. Der Agitator, der heute seinen Mann stellen soll, muß über die Grundlagen der Arbeiterbewegung sowohl in politischer als gewerkschaftlicher Beziehung gleich unterrichtet sein, um auch als Praktiker erfolgreich arbeiten zu können!

So harren der gemeinsamen Arbeit, geleitet von einer Stelle, ernste und schöne Aufgaben. Wer hätte nicht den Wunsch, das Beste zu leisten, das möglich ist, um die

Wahrung der gemeinsamen Sache zu betreiben, als einander auszusprechen, als ob schwere Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung beständen, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden sind. Auch unsere Akademiker dürften sich mit dem vorgetragenen Plane befreundet, gibt er doch auch ihnen die Möglichkeit, ihre Kraft wie bisher voll und ganz in den Dienst der guten Sache zu stellen und in gemeinsamer Beratung mit den Praktikern immer erfolgreicher zu arbeiten! Also Genossen! Ueberlegt, ob mein Vorschlag geeignet zur Ausführung erscheint. Wer will uns daran hindern? R. M.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 23. August 1906.

Die Expropriation der Polen.

Vom Kaiser beglückwünscht und vom Kanzler begrüßt, hat der kaiserliche Ostmarkenverein, die politische Zentrale der Landbauern in Marienburg seinen „deutschen Tag“ gehalten. Auf der Tagesordnung stand die „Fortführung und Ausgestaltung der nationalen Bodenpolitik“, die im Osten dem nationalen Kampf immer neue Nahrung gibt, und die Polen, ohne sie doch in ihrem nationalen Interesse wirklich schädigen zu können, mehr und mehr zu den entschlossenen Todfeinden Preußens machen muß.

Die Gehe, die diesmal in Marienburg aufgeführt wurde, übersteigt alles bisher Dagewesene. Denn jener schändliche Plan, an dessen Durchführung nach dem Bericht der „Vorpost“ die preussische Regierung insgeheim arbeiten soll, der Plan, die Polen durch Gewaltlandlos zu machen, wurde dort vor aller Öffentlichkeit erörtert und als eine Maßnahme hingestellt, die unter allen Umständen ergreifen werden müsse. Gleichzeitig wurde angekündigt, daß der bankrotte An siedlungs fonds „einer neuen Auffüllung“ bedürfte. Also Krieg den Polen und Krieg den preussischen Steuerzahlern!

Steht demnach außer den unvermeidlichen Geldforderungen der preussischen Regierung ein neues, gegen die Polen gerichtete Enteignungs gesetz bevor? Die Kaiseristen wünschen es, aber ihr augenblicklicher Plan ist noch viel infamer. Sie erklären nämlich, daß heute schon ohne ein besonderes Gesetz die Vertreibung der polnischen Bauern von ihrer Scholle möglich sei, und sie bedienen sich zu diesem Zwecke einer tabulistischen Auslegung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Der erste Absatz der von ihnen einstimmig angenommenen Resolution besagt nämlich:

Der Deutsche Ostmarkenverein ist der Ansicht, daß der preussischen An siedlungs kommission schon heute das Enteignungs gesetz vom 11. Juni 1874 das Recht gibt, auf Grund einer kaiserlichen Verordnung zur Durchführung eines bestimmten Projekts einzelne Güter zu enteignen. Da aber dieses Recht von der An siedlungs kommission noch nicht ausgeübt ist, hält der Ostmarkenverein

es für wünschenswert, daß bei der demnächst notwendig werden- den Auffüllung des Anstiftungsfonds ausdrücklich fest- gestellt wird, daß dieses Recht der Anstiftungskommission be- steht.

Es soll durch eine rechtsverdreherische Auslegung des Gesetzes vom 11. Juni 1874 die Möglichkeit geschaffen werden, ohne jeden neuen Akt der Gesetzgebung die zwangsweise Ent- eignung der Polen vorzunehmen. Der § 1 des zitierten Ge- setzes lautet: „Das Grundeigentum kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohls für ein Unternehmen, dessen Aus- führung die Ausübung des Eigentumsrecht erfordert, gegen vollständige Entschädigung enteignet oder beschränkt werden.“ Unter solchen „Gründen des öffentlichen Wohls“ hat der Gesetzgeber ganz offenbar die Notwendigkeit von Unter- nehmungen verstanden, die dem Wohl der Gesamtheit dienen sollen, und es hat ihm vollständig fern gelegen, es ermöglichen zu wollen, daß einer bestimmten Kategorie von Staats- bürgern das Recht auf Grundeigentum abgesprochen werden könnte. Damit hätte er sich ja auch in Widerspruch mit der preussischen Verfassung gesetzt, welche dieses Recht unbedingt anerkennt und jede Möglichkeit einer an der Person haftenden Rechtsminderung ausschließt. Die Polen können mit Raffalle sagen:

Warum, warum, frage ich, warum zu so viel Gewalt noch so viel Heuchelei? Doch das ist preussisch! Viele Regierungen haben Gewalt geübt; doch während man uns das Schwert in die Brust stößt, dabei ausrufen: „und das von Rechts wegen!“ das ist preussisch!

Preussisch, ganz preussisch in Raffalles Sinne war es auch, als der Referent v. Bieler ausführte:

Die Expropriation von Grund und Boden durch eine staat- liche Behörde ist ja nun an sich etwas, was gegen das ger- manische Gefühl geht, und es ist mir sehr schwer gewor- den, mich dazu durchzuringen. Aber in dem Kriegszu- stande, der uns umgibt, müssen wir auch einer Maß- regel zustimmen, die uns unsympathisch erscheint.

Das ist die preussisch-germanische Methode, jede gegen Völker- und Menschenrecht verübte Gewalttat zu beschönigen. Es widerstrebt dem „germanischen Gefühl“, aber es bringt was ein. Die polnischen Schlachtopfer haben für diese Me- thode ein Sprichwort, das wenigstens deutlich ausdrückt, was wir wirklich sind. „Nie honorowo ale zdrowo!“ — „Nicht ehrenhaft, aber gesund!“

Der Majoratsherr von Wenzel hat dann das „germanische Gefühl“, das der Expropriation widerstrebt, im Verlauf der Debatte etwas näher charakterisiert. Er bemühte sich nämlich nachzuweisen, daß die Verfürgung, die Expropriation werde die schwindelhaft in die Höhe getriebenen Güterpreise zum Sinken bringen, unbegründet sei. Das ist allerdings der springende Punkt in der ganzen Affäre! Wenn der Staat den polnischen Grundbesitzern für ihre enteigneten Grundstücke die jetzt üblichen Liebhaberpreise bezahlt, so wird er seine Kohlen zu Stropkapitalisten machen. Drückt er aber die Preise auf ein verständiges Maß herab, so be-

halten wollen, den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Ostmarkenpolitik. Welchen Sinn hat aber für die Land- bauer-Germanen der ganze Patriotismus, wenn sie nicht in ihm sitzen können wie die Maden im Käse? Es ist mit der inneren Kolonialpolitik genau so wie mit der äußeren. Sie hat kein Interesse daran, den Polen zu schinden, wenn sie keine Haut nicht zu Geld machen kann!

Das Proletariat Deutschlands hat allen Anlaß, die schändlichen Pläne, die im Osten gesponnen werden, mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen und es in alle Welt zu verkünden, daß die Arbeiter Deutschlands mit ihnen nichts zu tun haben. Die ungeheure Masse des deutschen Volkes verurteilt die preussische Politik der nationalen Unterdrückung, aber sie kann ihr nicht wehren, weil sie selbst unterdrückt ist.

Die russische Revolution.

Eine unvollständige Attentatsliste.

Die Attentate der letzten Jahre, soweit sie „hochgestellte“ Persönlichkeiten betreffen, stellt die „Strana“ in einer noch recht unvollständigen Uebersicht zusammen, die sich auf den Zeitraum von 1901 bis 1906 erstreckt.

Gerichtet wurden: im Jahre 1901: der Unter- richtsminister Bogoljebow; im Jahre 1902: der Mi- nister des Innern Spjagin; im Jahre 1906: der Gou- verneur von Ufa Dogdanowitsch; im Jahre 1904: der Generalgouverneur von Finnland Sobrowski, der Vizegouverneur von Jelisawetpol Andrejew, der Minister des Innern Reskow; im Jahre 1906: der Pro- fessur des finnlandischen Senats Johnson, der Gou- verneur von Sibirien Fürst Rasakowitsch, Großfürst Sergius Alexandrowitsch und der Stadthauptmann von Moskau Graf Schmalow; 1906: der Vizegouver- neur von Landbot Bogdanowitsch, der stellvertretende Dige- gouverneur von Tomskow Ljuchowitsch, der stellver- tretende Vizegouverneur von Kollama Nilonow, der Gouverneur von Tschiryslaw Schemonowitsch, der General- gouverneur von Jelisawetpol Hagens Admiral Kus- mitsch, der Oberkommandierende der Schwarzmeer- flotte Admiral Njuschin, der Schiffe des Warjäger Generalgouverneurs General Marjagrowski und der Gouverneur von Samara Blod.

Verwundet: im Jahre 1902: der Gouverneur von Charkow Fürst Wolowski; im Jahre 1903: der Gou- verneur von Wilna v. Wühl; im Jahre 1904: der Statthalter des Kantons Fürst Goljzin; 1906: der Gou- verneur von Tschibyslaw Tschibyschew, der Schiffe des finnlandi- schen Generalgouverneurs Deitrich, der Ober- polizeimeister von Warjäger Wolken, der Gouver- neur von Pskow Klingenberg, der Gouverneur von Kowno Fürst Gortz; 1906: der Vizegouverneur von

Jelisawetpol Chostow, der Vizegouverneur von Irkutsk Michsin, der Generalgouverneur von Mos- kau Dubassow und der Generalgouverneur von Warjäger Galow.

Vereitelte Anschläge auf das Leben: des Ober- profurs des Heiligen Synods Pohjednoszew, im Jahre 1901; des Gouverneurs Paslow; des Ober- polizeimeisters von Moskau Trepow, des Gene- ralgouverneurs von Moskau Maximowitsch, des Gou- verneurs von Saratow Stolypin und des Vize- gouverneurs von Saratow Knoll, im Jahre 1905; des Gouverneurs von Wjatski Kurlow, des Komman- danten von Sebastopol Neplujew, des General- gouverneurs von Tiflis Timosjew und des Kom- mandierenden der Truppen des Odesaer Militär- bezirks Baron Kaulbars im Jahre 1906. —

Das Attentat auf Stolypin.

Ueber die Täter liegen jetzt einige Angaben vor, die aus Wahrheit und Dichtung gemischt sein werden. Die Scherzpreise läßt sich telegraphieren:

Die Täter waren mit dem Moskauer Zuge am 21. d. M. in Petersburg eingetroffen und in der Großen Moskajastraße 49 in einem Chambre garnie abgestiegen. Sie besaßen nur Handgepäck, ihre Bagage war auf dem Bahnhof zurückgelassen. Sie meldeten sich als Ehepaar Morosow nebst Dienerin Mo- nachow und Ekelmann Nikonow an, sie machten einen guten Eindruck und schienen sehr bemittelt zu sein. Der Hausnecht mußte abends einen Landauer mieten, und der Kutscher Stanis- laus Bernadski fuhr die Herrschaften nach der Sommeroper. Sonnabend nachmittag 2 Uhr fuhren beide Herren in neuer Offiziersuniform, die Dame in schwarzem Toilette aus, das Dienstmädchen Monachow verließ bald darauf das Haus, um spazieren zu gehen. Keiner von ihnen kehrte wieder. Bei Untersuchung der Wohnung wurde nichts von Belang gefunden, der Handkoffer war mit Watte gefüllt. Der Portier Koslow, dessen Benehmen auffiel, wurde arretiert. Der Kutscher Bernadski, der durch die Explo- sion schwer verwundet wurde, ist bereits gestorben. Einer der beiden Zivilisten, die bei dem Attentat beteiligt waren, wohnte in einem möblierten Zimmer der Newski Prospekt 77; er ist ein junger Mann von 24 Jahren und war angemeldet als Student Dulewitsch vom Nigaeer Polytechnikum. Er war eben erst in Petersburg eingetroffen und telephonierte wieder- holt an den Portier des Hotels de France, um sich zu erkundigen, ob Bekannte angekommen seien oder nicht. Wie nun festgestellt ist, wollten Morosow und Frau erst im Hotel de France ab- steigen, dann erst wählten sie die Moskajastraße 49. Als Dule- witsch am Sonnabend nicht zurückkehrte, fand eine Hausjüngling in seinem Zimmer statt, wobei wichtige Briefe beschlagnahmt wurden. Dulewitsch liegt schwer verwundet im Peter- Paul-Hospital, er nennt sich bald Iwanow, bald Nikitin. Unter den Toten wurde das angebliche Dienstmädchen Monachow ge- funden. Wie sie nach dem Tode gekommen ist, ist noch unau- geklärt. Heute nacht sind noch zwei Verwundete im Peter- Paul-Hospital gestorben.

Manche Angabe in diesem Bericht klingt recht unwahr- scheinlich. Am unwahrscheinlichsten ist, daß „wichtige Briefe beschlagnahmt“ worden seien. Menschen, die sich offenen Auges dem Tode weihen, hinterlassen keine wichtigen Briefe. Die lebende Wittwe ihrer Gatten werden sie nicht können. Es handelt sich bei dieser Stelle offensichtlich um die stehende Polizeibemerkung, die in jeder Attentatsmeldung wiederkehrt zum Zeichen dafür, daß die liebe Polizei doch noch zum — Erfinden schlau genug ist, wenn auch nicht zur Verhütung der revolutionären Anschläge.

Neue Attentate.

Daß am Sonntagabend der Kommandeur des Geme- notwischen Leibregiments, das bei der Niederkämpfung des Moskauer Straßenkampfes im Blute förmlich gewaldet hat, gerichtet worden ist, haben wir in der letzten Nummer schon gemeldet. Neue Telegramme geben mehr Aufklärung. Es heißt da:

General Min, Kommandeur des Leibgarde-Gemenot- wischen Regiments, wurde durch fünf Revolverschüsse auf dem Bahnhof von Neu-Peterhof erschossen. Die Täterin, ein junges Mädchen, wurde verhaftet. Man fand bei ihr noch eine Bombe, und die Mörderin hat vorsichtig zu sein, da die Bombe geladen sei. General Min, ein 51jähriger Mann, zeichnete sich besonders mit seinem Regiment bei der Nieder- werfung des revolutionären Aufstandes in Moskau im vergange- nen Dezember aus. Der General wollte gestern abend mit Frau und Tochter in seine Villa zurückkehren, die zwischen Alt- und Neu-Peterhof gelegen ist, als ihn die Kugel ereilte. Die Täterin spazierte bis zum Eintreffen ihres mit einem Studenten auf dem Bahnhof umher, wo zahlreiches Publikum antretend war. Sofort nach der Mordtat bestieg der Student eiligst ein Fuhrwerk und fuhr davon. Das junge Mädchen war bei ihrer Festnahme vollständig ruhig und verweigerte jede Auskunft bezüglich ihrer Person. In Ketten wurde sie aus Peterhof nach dem Petersburger Gefängnis transportiert, von acht Gendarmen begleitet.

In Peterhof wurde ferner ein Attentat auf Gene- ral Stahl, den Zintendanten eines der Peterhoffer Schiffe, verjagt. Im vorigen Jahr verhafteten Detektiven einen jungen Mann, der eine Bombe mit sich führte und sich an General Stahl herandrängte, der große Neugierigkeit mit General Trepow hat.

Vor einer Woche wurde auf den Generalgouver- neur in Warjäger, den General Galow, eine Jaren- beite blutiger Kugeln, eine Bombe geworfen. Sie er- reichte ihren Zweck nicht ganz; der Schuß wurde nur ver- wundet. Aber doch so erheblich, daß er sein Genferamt nicht bekleiden kann. An seiner Stelle fungierte seit einigen Tagen ein Vertreter, natürlich ebenfalls ein General.

Kann ich dieser ins Amt getreten, so hat ihn auch schon die Kugel der Revolutionäre ereilt. Es wird aus Warjäger vom Montag gemeldet:

Gestern nachmittag wurde der Kriegsgouverneur von War- jäger, General Wolarski, als er in einem Zweispänner ohne militärische Begleitung über den Alexanderplatz fuhr, von zwei Wännern, die auf den Wagentritt sprangen, erschossen. Die Tat wurde mit solcher Blieschwindigkeit verübt, daß nicht einmal die in der Höhe stehenden Militärposten etwas davon bemerkten. Beide Täter entkamen. General Wolarski wurde von vier Kugeln tödlich getroffen. Die Schüsse wurden abgegeben, als an der Ecke des Alexanderplatzes nach der Nizhnewyjskaja der Kutscher wegen der auf dem Platze liegenden Steinhaufen genötigt war, langsam zu fahren. Der Kutscher brachte den schwerverwundeten General in das nahe- liegende Hospital, wo er alsbald starb.

Der Terror, der Schrecken herrscht wieder, seitdem das Dumobentil von verbrecherischer Hand geschlossen worden ist. Das geht zum Überflus auch aus den Telegrammen hervor. Die aus den Ostseeprovingen einfließen. Aus Riga wird über den Verlauf des letzten Sonntags gemeldet:

Heute war ein aufregender Tag. In einem fünf- stöckigen Vorstadthaus wurde eine Bombenverfälschung ent- deckt. Polizei und Militär erschienen frühmorgens, wurden mit Revolverfeuer empfangen, umgebenen darauf das Haus und beschossen es. Aus dem Hause wurde daraufhin eine Bombe geworfen und ein weiterer Bombenwurf angebroht. Nun wurden Maschinengewehre aufgeföhren. Nach ge- hördlicher Belagerung und vielfach wiederholtem Salvenfeuer drangen die Truppen in das Gebäude ein und schossen durch die Türen in eine Wohnung, von der aus Wider- stand geleistet worden war. Die übrigen Wohnungen waren schon vormittags geräumt worden. Man fand in der Wohnung die Leichen eines getödteten Mannes und einer Frau, die von Militärgewehren getödtet worden waren. Die andern Mitschul- digen waren bereits geflohen. Auch in einem andern Hause wurde ein großes Bombenlager entdeckt.

In den letzten zwei Tagen ereigneten sich in Riga zahl- reiche Raubüberfälle. Ein Schuhmann wurde ge- tödtet. Bei Jarnitau in Livland wurden fünf längst gesuchte Räuber nach einem mißlungenen Raubverfuch gefangen genom- men, und als sie einen Fluchtverfuch machten, alle fünf er- schossen.

Zwei eiserne Trägermasten der Rigaer Straßenbahn, die auf der Hauptlinie vor drei Tagen den Verkehr wieder er- öffnete, wurden vor dem Gebäude des Friedensgerichts und dem des deutschen Stadttheaters durch Phrogilinpetarden zu sprengen verführt. Die Explosion war fürchterlich; im Frie- densgericht sind sämtliche Fenster zertrümmert. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Danach wurde der Schiefstand der Selbstschuß-Vereinigung überfallen und das Haus des dort wohnenden Gärtners von Kugeln förmlich durchlöchert. Ein Mitglied der Selbstschuß-Korporation wurde verwundet. Überall entkamen die Täter.

In einer Vorstadtstraße von Riga wurden in einer Privat- wohnung 24 Bomben, acht Phrogilinpetarden, zwei Göllemaschi- nen und große Mengen Explosivstoff entdeckt. Drei Verdächtige waren in das Haus gekommen und wurden vom Hausnecht auf- geföhrt, es zu verlassen. Zwei gingen, der dritte setzte sich zur Wehr, als der Hausnecht verfuhte, ihn der Polizei zu über- geben. Der Hausnecht wurde erschossen, der Täter entkam.

Das ist das Ergebnis einer Nacht und eines Tages in einer Stadt! Wieviel passiert täglich in dem weiten Reich, von dem keine Kunde ins Ausland dringt!

Die Enttäftung des Jaren.

Nach dem Attentat auf Stolypin hat Nikolaus an seinen ersten Minister telegraphiert:

Ich finde keine Worte, um meine Enttäftung auszudrücken. Ich danke Gott, daß er Sie beschützt hat. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß Ihr Sohn und Ihre Tochter bald wieder hergestellt werden und ebenso auch die übrigen Verwundeten.

Ueber das Warten der Standgerichte und der Kosaken- horden, die das Blut Unschuldiger gleich kronweife ver- gießen, empfindet der zartbesaitete Nikolaus keine Ent- täftung. Wie „enttäuft“ wird er sich aber perfokosen haben, als er die Meldung von der Ermordung des General- Min. abgehört worden ist! —

Letzte Nachrichten.

* Odesa, 28. August. In der Sonntagsnacht wurde in Alexanderpark eine große revolutionäre Versammlung ab- gehalten, an der sich auch viele Soldaten in Zivil beteiligten. Es wurde eine Anzahl Reden gehalten und die Vorfälle bei dem Sapperbataillon sowie die allgemeine Lage in Russland besprochen. Die Polizei erschien, sprengte die Versammlung auseinander und verhaftete acht von den Teilnehmern. —

Sd. Petersburg, 28. August. Einem hohen Staatsbeamten schilderte Stolypin die Eindrücke, die er während des Bomben- attentats hatte. Danach besand sich der Premierminister in seinem Arbeitszimmer, als im Empfangszimmer sehr laut gesprochen wurde. Stolypin wollte gerade die Tür öffnen gehen, um nach der Ursache des Streites zu forschen, als die Detonation erfolgte. Er blieb flach vor Schrecken stehen, als er den Fallon herabstürzen sah und mit ihm seine Kinder und ihre Mutter. Stolypin selbst blieb völlig unversehrt, nur das Tentenaflog ihm gegen den Hinterkopf. In seinem Zimmer wurden die Möbel durcheinander geschoben, doch sind alle wichtigen Papiere unbeschädigt, ebenso alle Aktensätze in dem nebenan befindlichen Sekretariat. Wie der Premierminister erzählte, wurden beide Attentäter in der Uniform der Gendarmerieoffiziere vom General Sanjatin angehalten, da sie Fellmägen trugen, was unvor- sichtsmäßig ist. Während des Wortwechsels ließ einer der Attentäter ein von ihm in der Hand gehaltenes Portefeuille fallen, worauf die Katastrophe erfolgte. Ein Arm dieses Mannes wurde weit weg im Garten des Landhauses gefunden. —

Sd. Petersburg, 28. August. In einer geführigen Verhaftung der in Petersburg aufgefundenen, vom Jaren ernannten Reichsratsmitglieder wurde beschlossen, Mittel zur Vergrößerung des Stuhles der Staatsbeamten anzuwenden, den Belagerungsstand aber ebenso wie den verstärkten Schutz im Lande zu verringern. Weiter wurde über rasche Zusammenkunft der Duma erwogen, da die Wahlagitation die revolutionäre Bewegung abschwächen werde. —

Sd. Petersburg, 28. August. Infolge der sich in erschreckender Weise mehrenden Morbitalen der revolutionäre werden die Sicherheitsmaßnahmen eine wesentliche Verschärfung erfahren. Die revolutionäre sollen für vopel- frei erklärt und jeder, der mit Waffen und Explosiv- stoffen angehalten wird, sofort standrechtlich erschossen werden. —

Sd. Riga, 28. August. Das in Drogenhof, wo bekanntlich revolutionäre einen Landgendarm ermordeten und sonstige Greuel- taten verübten, eingetroffene Kosakenkorps hat drei Räuber auf der Stelle hingerichtet. 40 erhielten Klauenstrafe. —

Sd. Petersburg, 28. August. Ein soeben erschienenen kaiserlicher Ukas ordnet den Verkauf von Kronländereien und kaiserlichen Latifundien mit Ausnahme einiger weniger, die speziell Privatwerden dienen, an landarme Bauern an. (Landarme Bauern haben aber kein Geld, folglich können sie nichts kaufen. Folglich kann die Landfrage nicht auf diese Weise nicht einmal von Doktor Eisenbart gelöst werden. Red.) —

Sd. Paris, 28. August. Wie ein Telegramm aus Zürich berichtet, ist eines der thätigsten Mitglieder der russischen revo- lutionären Bewegung, Dr. Meistow, in der Schweiz eingetroffen, wo er sich nach Paris und London begeben wird, um dort im Einvernehmen mit den dortselbst lebenden Mitgliedern der russi- schen revolutionären Partei eine Aktion außerhalb Russlands unter Mithilfe aller Oppositionsparteien ins Leben zu rufen, welche be- zweckt, das autoritäre Regime in Russland abzuschaffen. —

Sd. Petersburg, 28. August. Die deutsche Regierung soll vollständigen, bei der russischen Regierung für die Verluste

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Die Saalabtreiberet und Lokalfrage.

Die Saalabtreiberet durch die bürgerlichen Parteien, Versammlungsverbote durch die Behörden und wirtschaftliche Nöthigung durch ein brutales Unternehmertum sind die drei Mittel, von denen die bürgerliche Gesellschaft im Verein mit den Behörden sich Erfolg in der Bekämpfung der Sozialdemokratie verspricht. Die Anwendung der genannten drei Mittel wird wieder in rücksichtsloser Weise praktiziert, seitdem der Reichskanzler am 25. Januar im preussischen Herrenhaus zum sonderbarsten Male die bürgerlichen Parteien zum geschlossenen Handeln gegenüber der Sozialdemokratie aufrief. Doch war Fürst Bülow genötigt, neben der geblähten Kaufmanns- und Truenerweien zu intonieren. In elegischem Tone meinte der Reichskanzler: „Niemand hätte der Uebermut der Sozialdemokratie diese Höhe erreicht, wenn nicht bürgerliche Parteien mit ihr kollaboriert, ihre Hilfe angefordert und sogar Wahlbündnisse mit ihr abgeschlossen hätten. Solche Wahlbündnisse kann ich nur als tiefbedauerliche Verzerrungen bezeichnen.“ Die wirtschaftliche Nöthigung der Arbeiter, die an Ausständen beteiligt oder von Aussperrungen betroffen sind, floriert denn auch außerordentlich. Diefelbe wird von der Rentraffelle der Arbeitgeberverbände geleitet und nicht nur auf Streikende oder Aussperrte beschränkt, sondern auf alle Arbeiter der Branche in Städten ausgedehnt, wo eine Lohnbewegung in Aussicht genommen ist oder die Arbeiter entgegen dem Befehl der Unternehmer ihre Interessen in berechtigter Weise zum Ausdruck brachten. Die schwarzen Listen haben gegenwärtig nicht die von ihren Urhebern beabsichtigte Wirkung. Hauptächlich die mit Aufträgen wohlversorgte Metallindustrie bedarf der intelligenten, leistungsfähigen Arbeiter, die mit denen, die sich ihre Rechte nicht bekümmern lassen, identisch sind. Anders wird sich die Situation gestalten in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges. Deshalb kann nicht oft genug die Aufforderung wiederholt werden: Arbeiter, hinein in die Organisation, damit ihr auf alle Fälle vorbereitet seid!

Die Behörden der Thüringischen Herzogtümer stehen an der Spitze derjenigen, die der Meinung sind, die Erörterung aktueller Fragen und Ereignisse könnten die öffentliche Sicherheit gefährden. Wir lassen einige charakteristische Verbote folgen:

Der Gemeindevorstand in Jena erließ folgende Bekanntmachung:

Auf landespolizeiliche Anordnung wird die auf Sonntag den 21. Januar 1906, vormittags 11 Uhr in das Volkshaus hier einberufene Versammlung, in welcher über das Thema „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ gesprochen werden soll, mit Rücksicht auf die nach der Versammlung nicht ausgeschlossenen Straßendemonstrationen aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls hiermit verboten.

Zu widerstandlungen werden auf Grund des § 4 Ziffer 2 der Ministerialverordnung vom 15. Juli 1874 mit Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Jena, den 20. Januar 1906.

Der Gemeindevorstand.

Der 2. Bürgermeister: Dr. Wagner.

Das Verbot des Jenaer Gemeindevorstandes ist noch über die landespolizeiliche Anordnung hinaus, denn diese verbietet nur für den 21. und 22. Januar die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel. In Sachsen-Meiningen verfuhr man in gleicher Praxis, wofür das nachstehende Verbot den Beweis liefert:

In Herrn Paul Seige, Pöthner.

Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Pöthner am 21. Januar d. J. mit dem Thema: 1. Die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen. 2. Die Ereignisse in Rußland, verbiete ich hiermit. Das Thema zu 1., das die unrichtige Behauptung enthält, die den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Masse der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen andere Klassen der Bevölkerung anzureizen, zumal da mit der Teilnahme der benachteiligten preussischen Arbeiterbevölkerung bei der Versammlung gerechnet werden muß. Die beabsichtigte Besprechung der Ereignisse in Rußland bestätigt aber weiter lediglich die Richtigkeit dieser Behauptung. Das Verbot der Versammlung ergeht daher im Hinblick auf die Bestimmung des § 130 Str.G.B. und wegen der zu befürchtenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Saalfeld, 19. Januar 1906.

Der herzogliche Landrat: Mauer.

Auf solche Weise hängt die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte von der Annahme von Beamten ab, was Verantwalter und Besucher von öffentlichen Versammlungen im Verlauf derselben etwa tun könnten. Solche Vorgänge reden eine sehr deutliche Sprache, welche die Arbeiter anspornen, bei jeder Gelegenheit Protest gegen ein solches Bevormundungssystem zu erheben.

In gleicher Weise wie in den angezogenen Fällen wurde in Neustadt an der Orla, Saalfeld und Themar verfahren und Versammlungen verboten, in denen die Genossin Zick als Referentin vorgesehen war.

Die Saalabtreiberet hat nicht in allen Fällen für die Arbeiter den gewünschten Erfolg gehabt. In den Göttinger Blättern wurde folgendes Inserat veröffentlicht:

Erklärung!

Die unterzeichneten Saalbesitzer erklären sich bereit, allen politischen Parteien und allen wirtschaftlichen Vereinigungen jederzeit ihre Säle zu geschäftlich erlaubten Zwecken zur Verfügung zu stellen, soweit sie nachweislich nicht vorher anderweitig bestellt sind. Sollte das durch Art. 29 der preussischen Verfassung (alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln) gewährleisteteste Versammlungsrecht von irgendwelcher Seite zu beeinträchtigen versucht werden, so verpflichten sich die Unterzeichneten, mit allen geschäftlich erlaubten Mitteln solidarisch, und zwar unverzüglich, gegen solche Maßnahmen vorzugehen!

Kauscha, den 6. März 1906.

Kraugott Mülling's Erben, Brauerei. Hugo Schmidt, Gastwirt. Oswald Walzer, Schützenhaus. Paul Lehmann, Gerichtsfischam. A. Müllingmann, Gasthof Kaiser Friedrich 3.

*

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch im Namen der organisierten Arbeiterschaft, daß auf Grund der am 6. März mit den Saalbesitzern gepflogenen Einigungsverhandlungen die Sperre über den Gasthof Kaiser Friedrich 3. (Inhaber A. Müllingmann) und den Gasthof des Herrn Hugo Schmidt hiermit aufgehoben ist.

Bruno Marimart.

Der von den Wirten in Kauscha eingenommene Standpunkt ist der einzig korrekte. Auch anderwärts hat derselbe schon Nachahmung gefunden, zum Nutzen aller Beteiligten. Die Hände unserer Gegner müssen an dem geschlossenen Handeln der Arbeiterschaft zum Scheitern gebracht werden.

Ein schönes Beispiel von Interessensolidarität, hervorgerufen durch die systematische Saalabtreiberet, haben die Genossen in Königsberg in der Neumark gegeben. Zu der Wahlbewegung im Jahre 1903 stand den Genossen im ganzen Kreis nicht ein einziges Lokal zur Verfügung. Da die Saalabtreiberet auch nach der Wahl fortgesetzt wurde, reiste unter den Genossen in den Oberbrandbörfern Zellin, Meßin, Alt-Liegehörde, Zäckerid und Güstebiese der Plan, für diese Orte ein eigenes Vereinshaus zu errichten. In einer Versammlung verpflichteten sich 95 Genossen, allwöchentlich 1 Mark zum Kaufonds beizusteuern, gewiß ein großes Opfer; aber sie haben es durchgeführt, denn am 2. Pfingstfesttag konnte in Güstebiese der Bau, allerdings mit Hilfe von Berliner Freunden, seiner Bestimmung übergeben werden. Weit über 600 Personen füllten den schönen Saal, aus nach und fern, auf Leiterwagen und sonstigen Gefährten, bekränzt mit Girlanden und Fahnen, waren die Genossen herbeigeeilt, um an der Einweihung teilzunehmen. Der Gesangverein der Berliner Arbeiter erhöhte die Feststimmung durch Vortrag entsprechender Lieder. Den Festvortrag hielt unter großem Beifall der Kandidat des Kreisess, Stadtverordneter Genosse Borgmann-Berlin.

Den Bau haben die Genossen in eigener Regie ausgeführt. Jeden Sonntag haben diejenigen, die in der Woche in Berlin arbeiten, 15, 20, 30 Mann, von morgens 4 Uhr ab gearbeitet, um ihr Vereinshaus hoch zu bekommen. „Bis Pfingsten muß der Bau fertig werden“, war die Losung, und ob sie auch manchmal fast verzagten, sie haben's geschafft.

Wir sind überzeugt, die Genossen in den Oberbörfern werden ihre „Feste“ zu behaupten wissen.

Für die russischen Revolutionäre.

Der am 26. November v. J. vom Parteivorstand veröffentlichte Aufruf zur Sammlung für die Opfer der russischen Revolution hatte den erfreulichen Erfolg, daß bis zum Schluß des Geschäftsjahres 307 399,78 Mark eingegangen sind und bis auf eine kleine Restsumme ihrem Zwecke zugeführt wurden.

Maifeier.

Die vorjährigen Verhandlungen über die Maifeier auf dem Kölnener Gewerkschaftskongress und dem Jenaer Parteitag haben den Erfolg gezeitigt, daß in den Parteikreisen über die Art und den Umfang der Beteiligung an der Arbeitsruhe allgemeine Befriedigung zum Ausdruck kam. Besondere Bedeutung hatte die diesjährige Maifeier noch für die Genossen Preußens, daß sie Anlaß bot, die Demonstration auf die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preussischen Landtag auszuweihen.

In den größeren Städten waren die Vormittagsversammlungen meist überfüllt. In Berlin zeigten die Arbeiterbierlei ein festtägliches Bild. An der Arbeitsruhe beteiligten sich auch die Fabriken der Metallindustrie in großem Umfang. In vier großen Sälen waren die Versammlungen der Metallarbeiter arrangiert, die sämtlich überfüllt waren. Die Organisationsleiter schätzten die feiernden Metallarbeiter auf mindestens 25 000. Wie immer, waren die Holzarbeiter, Bauhandwerker und andre Genossen fast vollständig am Platze.

In Gumburg rühte diesmal die Arbeit im Kafeln in umfangreicher Weise. Die Drohung der Meider, die Feiernenden bis zum 11. Mai auszusperrn, verfehlte ihre Wirkung. Die dann tatsächlich erfolgte Aussperrung von 8000 Kafelnarbeitern hat der Verband mit Unterstützung der Partei überwunden.

Arbeiter, Parteigenossen! Beachtet und befolgt streng den Beschluß, kein verteuertes Bier zu trinken! Ob euch solches in Flaschen oder in Gläsern aufgedrängt werden soll, in jedem Falle kauft es nicht! Die Verteuerung muß mit aller Energie zurückgewiesen werden!

Fenilleton.

Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von H. Adler.
(61. Fortsetzung.)

„Geh doch“, gab Lunew trocken und ernst zurück, „sprich nicht davon, — ich bitte Dich! Nicht an die Hände denke ich, — aber an die Seele. Du bist ja klug, — aber meine Gedanken wirst Du nicht verstehen. Sag mir lieber: wie soll man es beginnen, wie soll man sich benehmen, um den Menschen gegenüber ehrlich und rein, ruhig und gut zu bleiben? Das sage mir! Aber über den Alten — kein Wort mehr!“

Doch sie konnte nicht schweigen und drang ununterbrochen in ihn, den Greiz doch zu vergessen. Lunew geriet in Aerger und verließ sie. Wenn er dann wiederkam, schrie sie ihm wild entgegen, er liebe sie nur aus Furcht oder aus Mitleid. Sie konnte dies nicht ertragen, werde ihn verlassen und dieser Stadt den Rücken kehren. Dann weinte sie, kniff Ziska und biß ihn in die Schulter, küßte dann wieder seine Wähe und riß sich voll Raserei die Kleider vom Leibe, so daß sie kahlenlos vor ihm stand. Hierauf sprach sie:

„Bin ich vielleicht nicht schön? Ist mein Körper nicht herrlich? Mit jeder Haier, mit meinem ganzen Blute liebe ich Dich! Du tust mich zerschneiden und ich werde lachen!“

Ihre blauen Augen wurden dunkler, ihre Lippen zuckten voll Gier, und ihre Brust wogte, als wollte sie dem Jüngling entgegenstürzen. Da umarmte er sie, küßte sie mit voller Kraft, und überlegte dann am Heimwege: wie konnte sie, die so voll Leben und Blut ist, die greulichen Liebsfungen des Alten ertragen? Und Olympiada erschien ihm widerwärtig und verächtlich, und in der Erinnerung an ihre Küsse spuckte er heftig aus. Nach einem solchen Ausbruch ihrer Leidenschaft warf er überjättigt von ihren Küssen, hin:

„Seit ich den alten Teufel erdroffelt habe, liebst Du mich weit mehr —“

„Ja, was meinst Du damit?“

„Es ist nur so sonderbar! Es gibt Menschen, die ein stinkendes Ei einem frischen vorziehen. Manche schätzen einen Apfel erst, wenn er zu faulen beginnt. Sehr sonderbar!“

Olympiada blickte ihn mit trüben Augen an und sprach mit müder Stimme:

„Jeder Mensch hat seine eigne Art, seinen eignen Geschmack. Der eine liebt einen Leutnant, der andre eine Melone.“

Beide verfielen ins Nachdenken.

Als Nlia einfiel aus der Stadt nach Hause zurückgekehrt war und sich umleidete, trat Terentii ins Zimmer. Er schloß die Tür fest hinter sich, blieb eine Weile stehen, als ob er horchte, dann schüttelte er seinen Buckel und schob den Riegel vor. Nlia betrachtete dies alles und sah ihm spöttisch lächelnd ins Gesicht.

„Nuschka!“ sagte halblaut Terentii und ließ sich auf einen Sessel nieder.

„Nun?“

„Ueber Dich gehen hier verschiedene Gerüchte. Man spricht nicht gut von Dir.“

Der Budlige seufzte tief und schlug die Augen nieder.

„Nun, was denn zum Beispiel?“ fragte Nlia, während er sich der Stiefel entledigte.

„Manderlei! Die einen behaupten, Du seist in diese Sache verwickelt, — in die Sache mit dem erdroffelten Kaufmann. Andre sagen, daß Du falsches Geld verkaufst —“

„Aendeie sie mich?“ fragte Nlia.

„Es waren einige da — von der Geheimpolizei, — Detektiva. Sie fragten Petruscha aus über Dich.“

„Sie sollen sich nur abquälen!“ versetzte gleichgültig Nlia.

„Ja, ja, — was kümmern sie uns, wenn unser Gewissen rein ist —“

Nlia lachte und warf sich aufs Bett.

„Seht, ist's übrigens schon aus. Sie kommen nicht mehr.“

Aber — Petruscha selber läßt nicht nach —“ fuhr Terentii schüchtern und verlegen fort.

Vormährend zischelt er, — Petruscha — — Weist Du, Nuschka, Du solltest Dir ein Zimmer nehmen! Da hättest Du ein Heim und könntest dort leben. Ja! Denn Petruscha schreit herum: in meinem Hause kann ich bemafelte Leute nicht brauchen! Ja, bin Gemeinderat, sagte er.“

Nlia wendete sein zornigerötetes Gesicht dem Dufel zu und rief laut:

„Gö: mal! Wenn ihm seine fette Präge lieb ist, so soll

er das Maul halten! Du kannst ihm das sagen! Höre ich aber einmal nur ein beleidigendes Wort, so schlag ich ihm den Schädel ein! Was ich auch immer sein mag, er, ein Dieb, ist nicht Richter über mich. Und ausgehen werde ich, wenn ich Luft habe. Vorläufig — bleibe ich! Eine Zeitlang will ich noch unter diesen reinen, gerechten Menschen wohnen.“

Der Budlige erschraf vor Nlias Zorn. Er schwieg eine Weile, kratzte sich den Buckel und starrte seinen Neffen in Furcht und schlimmer Erwartung groß an. Nlia preschte die Lippen zusammen und blickte mit weitgeöffneten Augen auf die Zimmerdecke. Terentii maß aufmerksam sein frautes Haar, sein schönes, ernstes Gesicht, den kleinen Schnurbart und das steile Kinn, warf einen prüfenden Blick auf die breite Brust und den stämmigen, schlanken Körper und seufzte mit einem Seufzer:

„Wie hübsch Du geworden bist! Im Derte... die Mädchen scharenweise nachgelaufen. Du sollst... Dort gehen!“

Nlia schwieg.

„Nun ja, Du könntest Dich dort recht an... würdest Geld hergeben, Du könntest, eines... und ein reiches Mädchen heiraten. Gehe... würde dahingleiten, wie ein Schlitten den Berg hinab.“

„Bleibst Du aber habe ich Lust, den Berg hinauf zu fahren?“ bemerkte Nlia finster.

„Et freilich, den Berg hinauf!“ rief Terentii rasch auf.

„Ich habe ja nur gemeint, daß Du ein fröhliches Leben führen wirst. Aber freilich wird es bergauf gehen.“

„Und dann, vom Berge, — wohin?“ fragte Nlia.

Der Budlige blickte ihn an und stieß ein mederndes Lachen aus. Dann sprach er weiter, aber Nlia hörte ihm nicht mehr zu. Er dachte an sein ganzes Leben zurück und wunderte sich, wie sich im Leben alles geschieht und unmerklich aneinanderreife, wie die Fäden in einem Netze. Zufälle umringen den Menschen und führen ihn, wohin sie wollen, so wie die Polizei den Dieb führt. Vor kurzem hatte er überlegt, dieses Haus zu verlassen, um allein zu leben, und sofort bietet sich eine Gelegenheit. Verdruß blickte er seinen Onkel an, aber eben klopfte es an die Tür, und Terentii sprang erschrocken von seinem Sitze auf.

(Fortsetzung folgt.)

In viel reicheren vier große mächtige Stablfabrikanten nicht aus die Feiern alle zu fassen. Das gleiche war in Frankfurt a. M., Dresden, Leipzig, Kassel, Königsberg, den Städten Rheinland-Westfalens und vielen andern Plätzen der Fall. In Preußen waren sieben Verammlungen in großen Lokalen vorzuführen, die sämtlich überfüllt waren. Kurzum, in Ost und West, Nord und Süd des Reiches hatte jeder den Eindruck, die bisher würdevollste Mäiße sei dies diesjährige gewesen, da sie alle vorausgegangen durch die große Beteiligung an der Arbeitstube weit überfüllt.

Durch Vorkommnisse, die hier nicht zu erörtern sind, da die Anwesenheit für die dabei beteiligten Genossen weitere Folgen haben wird, wurden infolge der Mäiße von den Berliner Abgeordneten Elektrizitätswerke über 2000 Arbeiter ausgesperrt. Um die Ausgesperrten vor wirtschaftlichen Nachteilen zu schützen, wurde die Hilfe der Partei in Anspruch genommen. Diese Hilfe wurde in erheblichem Maße geleistet.

Wir haben die feste Überzeugung, die Mäiße hat so festen Boden in der deutschen Arbeiterklasse gefast, daß sie unüberwindlich an derselben festhalten wird.

Auch der Einwand der Gegner, die Mäiße werde niemals Gemeingut des Volkes, denn sie scheiterte an den Verhältnissen der ländlichen Bevölkerung, wird schon seit Jahren durch Tatsachen widerlegt. So wie schon früher, wurde auch in diesem Jahre auf dem 4000 Morgen großen Gute des Genossen Ehardt in Komotz den 1. Mai durch Arbeitstube gefeiert. Selbstredend erwählten die Arbeiter aus der Arbeitstube kein materieller Nachteil, da Genosse Ehardt nicht nur den Lohnausfall trägt, sondern auch die Ausgaben der Festveranstaltungen trägt, sehr zum Aerger seiner Kollegen von der reaktionären Sippe.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 28. August 1906.

Wahlrechtsfeinde im Zentrum.

Der preussische Zentrumsabgeordnete Graf Straßwitz hat, wie an dieser Stelle notiert wurde, vor kurzem in der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ einen offenen Brief erlassen, in dem er der Regierung vorwarf, sie sei im Reichstage der Sozialdemokratie gegenüber nicht fest genug und habe es dadurch verschuldet, daß die neuen Steuern nicht gänzlich aus der Belastung geistiger Getränke aufgebracht werden konnten.

Die Art, in der der Herr Graf diese seine Auffassung mit wüsten Schatzmachereien und Hinweisen auf die noch vorzügliche Stimmung der Truppen zusammenbrachte, ließ darauf schließen, daß der christlich-katholische Standesherr, der auch in gesunden Zeiten ein böser Reaktionsär gewesen sein mag, sich in einem Geisteszustande befindet, der von dem des Dreißigjährigen Krieger nicht weit entfernt sei. Demgemäß haben wir ihn auch behandelt.

Nun aber wird die Sache viel ernsthafter. Die „Kölnische Volkszeitung“ hat naturgemäß den Versuch gemacht, den wilden Zentrumsgrafen von den Hochstößen der Partei abzuführen, läßt aber jetzt auf heftigen Widerstand, der sich in erregten Zuschriften an die „Deutsche Tageszeitung“ kundgibt. Das agrarische Blatt druckt einen Brief eines „westfälischen Herrn der Zentrumspartei“, aber nicht den Inhalt der Landwirte angeht, ab und dieser Brief wirft auf das innere Leben des Zentrums ein sehr bezeichnendes Licht. Der christliche Anonymus schreibt:

Auf die Materie selbst will ich nicht eingehen und nur bemerken, daß ich durchaus nicht mit allem, was Graf Straßwitz sagt, einverstanden bin. Bezüglich des Reichstagswahlrechts möchte ich jedoch entgegen sehr häufigen Lobpreisungen in Zentrumsblättern ganz offen aussprechen, daß sehr viele Leute in der Zentrumspartei mit mir der Ansicht sind, daß an und für sich die Eigenschaftsworte „allgemeine gleiche“ einen großen Mangel an diesem Wahlrecht bezeichnen. An und für sich, wohl gemerkt an und für sich, halte ich es für einen Unfug, daß der dumme, ungebildete Trottel mit dem intelligentesten Manne das gleiche Wahlrecht hat. Trotzdem bin ich der Ansicht, daß weil nun einmal leider dieses allgemeine, gleiche Wahlrecht dem Volke verliehen ist, ohne äußerer Revolution dieses Recht eben weil es Recht geworden ist, nicht wieder genommen werden darf. Mögen andre Leute andere Ansichten über das Reichstagswahlrecht haben, wie ich! Jedemfalls ist es eine Torheit, wenn die Sache in Zentrumsblättern häufig genug so unklar dargestellt wird, als ob es quasi eine Parteiverpflichtung der den Zentrumsmann sei, das geltende Reichstagswahlrecht an und für sich als etwas besonders Empfehlenswertes anzusehen. Auch daß der Mensch schon mit 25 Jahren Reichstagswähler wird, halte ich an und für sich für eine große Torheit. 30 Jahre wäre reichlich und genug.

Der Zentrumsmann, der das Wesen seiner Partei in einem fremden Blatte mit so maßhaltiger Offenheit enthüllt, ist auch sehr unglücklich über den „Magister“, in dem die „Kölnische Volkszeitung“ die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten gefordert hatte. Er fährt also mit seinen Enthüllungen, die auf seine Partei wie Senfentropfen wirken müssen, fort:

Die „Kölnische Volkszeitung“ hat dafür (für ihre Haltung in der Frage der Erbschaftsteuer) auch manches deutliche Wort, gerade aus dem Munde der Zentrumspartei vernommen. . . . Wer sie repräsentiert noch lange nicht als maßgebender Faktor der Zentrumspartei.

Damit ist der Anonymus auch der sicher zu erwartenden Antwort des rheinischen Zentrumsorgans abgewartet. Das müßte es ihr, wenn sie hoch und teuer versichert, der Gewöhnemann der „Deutschen Tageszeitung“ lüge, und es gäbe keine Wahlrechtsfeinde in der Zentrumspartei! Sie repräsentiert eben noch lange nicht als „maßgebender Faktor“ die Zentrumspartei, und was für sie wahr ist, ist noch lange nicht für das Zentrum wahr!

Der Anonymus gibt den Schlüssel zu vielem! Darum fasset das Zentrum in der breuenden preussischen Wahlrechtsfrage ein widerwärtiges Spiel auf, indem es erklärt, für das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu sein, die notwendige Reform aber bis zu dem ungeliebten Zentrum

ausschiebt, da die preussische Zentrumsregierung selbst die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen beantragen wird? Die Antwort auf diese Frage kann man in der „Deutschen Tageszeitung“ lesen. Die Leitung der Zentrumsparlei hat offenbar Mühe, die Meute vorläufig zurückzuhalten, die sich lieber heute schon als morgen, „äußerste Not“ vorziehend, auf das Reichstagswahlrecht stützen möchte. Dieses Wahlrecht durch seine Ausdehnung auf die preussische Vormacht zu befestigen, fällt ihr nicht im mindesten ein. Sie will labieren und die Zeit abwarten, wo man die Leute loslassen kann, die heute in die „Deutsche Tageszeitung“ flüchten müssen, um ihre wahre Meinung auszudrücken.

Was sagen die „christlich-nationalen Arbeiterführer“ zu diesen Tatsachen? Kann sich ein denkender Arbeiter, der sein Menschenrecht zu wahren gewillt ist, heute noch als ein Zentrumsgläubiger aufspielen? Oder ist hier noch die der Punkt erreicht, wo jeder Irrtum ausgeschlossen ist und ein schändlicher Betrug offenbar wird? —

Die Wünschelrute.

Der Hofbericht des Wolfischen Telegraphenbureaus weiß zu erzählen, daß im Park zu Wilhelmshöhe in Gegenwart des Kaisers Proben mit einer quellenfindenden Wünschelrute gemacht worden sind, die die „besten Erfolge“ gehabt haben sollen.

Die „Bos. Jtg.“ erinnert aus diesem Anlaß an eine Erklärung, die von den bedeutendsten deutschen Geologen vor drei Jahren veröffentlicht wurde, welche den Glauben an solche Wünschelruten mit dem Tischtischen und dem Gebunden auf eine Stufe stellt. Sie hätten, heißt es in dieser Erklärung, keinen Anlaß, „auf abergläubische und längst widerlegte Behauptungen einzugehen“. Und nun sollen die Proben mit der Wunderrute, mit der ja auch der Landrat v. Uslar unter Beihilfe der Kolonialbehörden in Südwestafrika „Wasser sucht“, im kaiserlichen Park und in Anwesenheit des Kaisers „besten Erfolg“ gezeitigt haben.

Die „Bos. Jtg.“ lächelt verständnisvoll zu dieser Nachricht und nimmt an, der Kaiser hätte dergleichen getan. Abgesehen von dieser Probe steht aber fest, daß Wünschelrutenmänner, Gesundbeter, Spiritisten, Anhänger der sogenannten „christlichen Wissenschaft“ in preussischen Hofkreisen durchaus keine seltenen Erscheinungen sind. —

Die Wirkung der Fahrkartensteuer.

Die Nützlichkeit im sächsischen Staatsbahnenwesen ist bekannt. Früher noch seinerzeit die ungeheuerlichen Staatsüberschreitungen beim Eisenbahnbau zu einer veritablen Ministerkrise und zum Sturz des Finanzministers von Magdorz. Die Staatsbahnen und ihre Ertragnisse sind lange das Schmerzenskind der sächsischen Regierung gewesen; um so mehr, als diese Ertragnisse das Rückgrat der Einnahmen des gesamten Staatsbudgets bilden. In der letzten Session des sächsischen Landtags erklärte der Finanzminister Dr. Rüger, daß er sich in der Steuerkommission des Reichstags entschieden gegen die Fahrkartensteuer ausgesprochen habe. Er tat dies, weil er wußte, welche schlimme Folgen eine weitere Erhöhung der Fahrkartenpreise für die sächsischen Finanzen nach sich ziehen müßten.

Diese Wirkung der Fahrkartensteuer auf den Verkehr und die Beschäftigung in der Frequenz der einzelnen Klassen ist seitdem voll eingetreten. Nirgendwo sonst macht sich die Flucht aus den höheren in niedere Klassen mehr bemerkbar wie in Sachsen. Das wird jeder bestätigen müssen, der in den Tagen nach dem 1. August mehrfach in Sachsen gereist ist und mit offenen Augen die Frequenz der einzelnen Klassen beobachtet hat. Finanzminister Dr. Rüger führte schon in der Steuerkommission des Reichstags aus, daß die 1904 eingetretene Erhöhung der Rückfahrkartenpreise sehr ungünstig auf die Betriebsergebnisse eingewirkt habe, es sei erwiesen, daß von da ab die 4. Wagenklasse mehr benutzt worden sei wie früher. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß Sachsen einen bedeutenden Vergnügungsverkehr an Sonntagen in die landschaftlich reizvollen Gegenden der sächsischen Schweiz, des Erzgebirges ujm. aufweist. Da es nun an Sonntagen eine 4. Klasse in Sachsen nicht gibt, das Gros der Ausflügler mühen auf die 3. Klasse angewiesen ist, muß naturgemäß eine Verkürzung des Fahrpreises dieser Klasse von bedeutendem Einfluß auf den Sonntagseisenbahnverkehr überhaupt sein. In der Tat ist der Sonntagseisenbahnverkehr auch schon zurückgegangen und durch die Personalarbeiterform mit der Aufhebung des Freigepäcks und dem Wegfall der Rückfahrkarten wird die Verkürzung noch viel fühlbarer werden und der Verkehr weiter zurückgehen. Wir leben eben im Zeichen des Verkehrs!

Die Verkürzung trifft das Publikum in Sachsen um so härter, als früher dort der Zuschlag für Rückfahrkarten nicht das 1 1/2-fache des einfachen Fahrpreises wie in Preußen betrug, sondern nur 1 1/4. Vor zwei Jahren wurde der Preis für Rückfahrkarten um 1/10 erhöht, er beträgt also jetzt 1 1/4 des einfachen Fahrpreises und ist noch um 1/10 niedriger wie in Preußen. Die damalige Erhöhung des Fahrpreises hat das Publikum heute noch nicht verwunden, und jetzt ist die Fahrkartensteuer eingeführt und die Personalarbeiterform eröffnet eine nichts weniger als reizende Perspektive in Bezug auf weitere Verkürzungen. Wie sich die Sache gestaltet, dafür nur ein paar Beispiele.

Der Fahrpreis 3. Klasse von Chemnitz nach Leipzig betrug bis jetzt 4,80 Mark, dazu 20 Pf. Steuer = 5,00 Mark, und nach dem 1. April 1907 5,30 Mark. Das ist eine Erhöhung von 50 Pf. oder mehr als 10 Prozent. Eine Rückfahrkarte Dresden-Leipzig kostete 6,40 Mark, dann 1/10 Zuschlag 6,70 Mark. Jetzt kostet sie durch die Fahrkartensteuer 6,90 Mark und nach dem Inkrafttreten der Personalarbeiterform kostet die einfache Fahrt (Rückfahrkarten gibt es nicht mehr) 3,70 Mark, hin und zurück also 7,40 Mark. Das ist eine Erhöhung um 1 Mark in kaum 3 Jahren oder über 10 Prozent in kaum einem halben Jahre!

Ergänzend ist es noch bei geringen Entfernungen. Von Leipzig nach Barmen kostet es jetzt 1,50 und 0,05 = 1,55 M. Wenn die Personalarbeiterform in Kraft tritt, kommen dazu noch 22 Pf. Mehr oben abgezahlt = 25 Pf. 1,55 M. und 25 Pf. = 1,80 M. ist eine Erhöhung von 16 2/3 Prozent! Die Bisse, wo die Erhöhung 12 bis 16 und mehr Prozent beträgt, ließe sich noch reichlich vermehren. Auch in Preußen liegen die Verhältnisse ähnlich, nur daß hier die Verkürzung nicht so groß in Erscheinung tritt wie in Sachsen, weil früher dort die Preise für Rückfahrkarten höher waren.

Für die 1. und 2. Klasse ist das Verhältnis ebenso, nur daß die Reisenden dieser Klasse eher die Möglichkeit haben, die Mehrerausgabe an ihren Mitmenschen wieder herauszuschinden. Zimmerhin ist auch da ein Zug nach links — wenn man in diesem Falle so sagen darf — eingetreten.

Wes in allem: Die Fahrkartensteuer hat im ganzen Reich die gewünschte Wirkung auf die Finanzen nicht gehabt, eine erhebliche Mehrbenutzung der 4. Klasse ist unstreitig eingetreten. In Sachsen ist dies um so schlimmer, weil erstens die Fahrpreise neuerdings so schon erhöht worden waren, weil Sachsens Bevölkerung die erhöhten Preise weder jetzt noch in Zukunft tragen kann noch will, weil aber nirgends anders das Staatsbudget von den Einnahmen im Eisenbahnen mehr abhängt wie in Sachsen. Ueberaus bezeichnend für die sächsische Bourgeoisie ist es, daß diese seinerzeit durch ihre Organisationen und Vertreter im Landtag gegen die Erhöhung des Fahrpreises um 1/10 protestierten, während sie in Bezug auf Fahrkartensteuer und Verkürzung des Verkehrs durch die Personalarbeiterform kein Wort des Unwillens verlor. Die gesamte Bewegung gegen die neue Belastung des Volkes überließ man tatenlos der Sozialdemokratie. Wie die Dinge jetzt liegen und wie sie nach dem 1. April 1907 zweifellos noch kommen werden, kann gerade Sachsen durch die Wirkung der Verkürzung des Verkehrs einer erneuten finanziellen Krise zugetreiben werden.

Finanzdalles in Thüringen.

Aus Thüringen wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Die regierungstreuen Mehrheiten der meisten Parlamente der thüringischen Einzelstaaten hielten mit dem Zustandekommen der famosen Reichsfinanzreform auch eine Besserung der Finanzverhältnisse ihrer eignen Länder insofern für gekommen, als man glaubte, daß durch die aus der Reichsfinanzreform fließenden Mehreinnahmen die Matricularbeiträge an das Reich in der bisherigen Höhe nicht mehr geleistet werden müßten. In einer Reihe thüringischer Landtage hat man in Konsequenz dieser optimistischen Auffassung bei der Aufstellung der Etats den Posten für Ausgaben an Matricularbeiträge viel niedriger als in früheren Jahren eingesetzt und die hierbei ersparten Summen zu andern Zwecken verwendet. Jetzt kommt das böse Ende nach.

In Schwarzburg-Rudolstadt langen die 38 000 M., welche für Matricularbeiträge im Etat als Ausgabe figurieren, bei weitem nicht aus. Vielmehr sind nach den Endberechnungen 122 100 Mark und außerdem noch ungedeckte Matricularbeiträge für 1904/05 in Höhe von 171 000, im ganzen also 293 100 Mark an das Reich zu zahlen. Mit welchen Mitteln der Fehlbetrag von 265 100 Mark gedeckt werden soll, bleibt vorläufig ein Rätsel, um so mehr, als die Finanzlage des Fürstentums derart ist, daß man jetzt noch nicht einmal weiß, woher das Geld nehmen für die im Herbst den Staatsbeamten und Volksschullehrern in Aussicht gestellten Gehaltszulagen. Der Minister Freiherr v. d. Mede, der noch in der letzten Landtagssession zwecks Durchführung der Anapageerhöhung des Fürsten die Finanzlage des Landes als eine recht gute bezeichnete, wird sich im kommenden Herbst, wenn der Landtag wieder zusammentritt, vor einer unangenehmen Situation befinden.

Noch trauriger liegt die Sache in Sachsen-Meiningen. Hier hat der „getreue Landtag“ in der verfloffenen Session ein Beamtengehaltserhöhungsgesetz angenommen, das jährliche Zulagen bei den einzelnen Beamtenkategorien bis zu 800 Mark vor sah und eine Mehrausgabe von 500 000 M. pro Jahr verursachte. Dabei waren nicht einmal die Mittel hierzu vorhanden. Man versuchte durch künstliche Hinausschiebung mehrerer Einnahmepositionen, von denen man hoffte, daß sie eventuell etwas mehr einbringen könnten, den Etat zu balancieren. Als Matricularbeitrag hat man nur 111 955 Mark eingesetzt. Jetzt wird auch diese Position über den Haufen geworfen, indem nicht 111 955 Mark, sondern 305 931 Mark ungedeckte Matricularbeiträge für 1906 zu zahlen sind. Wenn die genialen Finanzberechnungen der bürgerlichen Landtagsmajorität bei den höher eingestellten Einnahmepositionen ebenso sicher eintreffen, wie bei den Matricularbeiträgen, dann hat Sachsen-Meiningen im Etat 1906 ein Defizit von 2 1/2 Millionen Mark aufzubringen, und ohne Erhöhung der Staatssteuern, die bereits von 750 Mark an erhoben werden, wird es nicht gehen.

Unre Landtagsabgeordneten in beiden Ländern haben betweilung der betreffenden Positionen die bürgerlichen Parteien mehr als genügend gewarnt, anlässlich der sogenannten Reichsfinanzreform allzu optimistische Auffassungen in Bezug auf eine Besserung der Finanzlage der Kleinstaaten zu hegen. Mögen die bewilligungslustigen Majoritäten nun sehen, wie sie die Suppe auslöpfeln, die sie sich eingebrockt haben. —

Aus der Parteibewegung.

Ein Audgetlesener. Die Abschiedsfeier, die von der Arbeiterkassenkassa zu Ehren des aus dem Kanton ausgewiesenen Volksrecht-Redaktors Gauth in „Belobrom“ veranstaltet war, gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung für den Ausgewiesenen sowohl wie für die Sache, für die er so energisch kämpfte. Mehrere tausend Genossen und Genossinnen waren erschienen, um dem von allen Händen der Reaktion Gekosteten noch ein letztes Scheidewort zuzurufen. Die Genossen Harrer Pfleger, Oberrichter Bang, Grentlich und der Ausgewiesene selbst hielten Reden an die Massenversammlung, dabei all das Unrecht der Reaktion gegenüber der Arbeiterkassenkassa markierend. „Arbeiter, nur nicht verzweifeln“, war das Rufingewort, das die Versammlung beherrschte. Und Genosse Gauth hatte recht, als er in seiner Rede sagte: Die Regierung hat dem richtigen Gefühl Ausdruck gegeben, daß sie die größte Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft in der Erkenntnis der Klassenlage der Arbeiterkassen und in der Erkenntnis des Klassencharakters des gegenwärtigen Staates erblickt. Das „Volksrecht“ habe zur Erkenntnis dieses Klassencharakters seine Schuldigkeit getan. Mit einem Appell an die Genossen, trenn zur Sache zu stehen, schloß Gauth. Nach einem Schlusswort des Genossen Többer durchschlug der tausendfache Ruf: „Es lebe der internationale Sozialismus!“ den weiten Saal. —

Soziales.

R. Zoll auf Milch. Auf dem Verbandstage der Vereine deutscher Metzger, Metzger und Bäcker wurde eine starke Zunahme des Milchkonsums in großen Städten, vermutlich infolge der Antialkoholbewegung, konstatiert. Die Milchpreise sind als teilweise Folge der hohen Milchpreise gestiegen. Bedauer

wurde, daß die Einfuhr von Milch und Rahm polifret sei, so daß eine starke Einfuhr von Milch und Rahm insbesondere aus Dänemark stattfinden. Futter für die heimische Landwirtschaft nicht genügend produzieren, da sie sich der rentableren Viehzucht zu Neigen neigt.

sch-Spiel mit Menschenleben. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche brannte auf der zu den Niederrheinischen Braunkohlentagewerken gehörigen Braunkohlengrube Nr. 522 bei Theissen im Zeiß-Weißenfels Revier, der Schacht aus und der Förderer ab. Die ersten Meldungen lauteten übereinstimmend auf Kohlenstaubexplosion, weil bei dem rasenden Geschwindigkeit sich erheben den Feuer zwei Arbeiter den Flammen ertrugen.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Gewerkschaftsbewegung. Kohnbewegungen und Streiks. Eine Ausperrung droht der Verein Berliner Schilderermaler an. Bei drei Firmen streifen die Arbeiter, und die Unternehmer verlangen bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit, andernfalls die Ausperrung in Kraft treten soll.

Burg, 28. August. (Statistisches zum Fleischkonsum in unserer Stadt.) Ein wenig erfreuliches Zeichen für die Lebenshaltung der hiesigen Einwohner ist der in diesem Jahre ziemlich stark zurückgegangene Fleischkonsum.

Gewerbegericht Magdeburg, 2. Kammer. Sitzung vom 27. August 1906. Ein Kind ins Gefängnis. Heinrich Wahnschlag und Martin Heintzger hier, geboren 1893, Raßler im April d. J. gemeinschaftlich auf dem Rathhorn dem Gartenarbeiter Hülbe an einer Geschirrbube eine Säge, ein Beil und einen Hammer.

Arbeiter werden war bei der Firma Hannack beschäftigt und ist ohne vorhergehende Kündigung entlassen worden, angeblich wegen unentschiedener Verhältnisse der Arbeit.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

Erwerbt die preussische Staatsangehörigkeit! Provinz und Umgegend. Barby, 28. August. (Im vollen Betriebe) ist nun wieder die Grube "Neue Hoffnung" bei Pommelte, der durch Wasserbruch längere Zeit gestört war, hoffentlich hängen sich die Unglücksfälle nicht wieder in der Weise, wie es dort früher der Fall war.

... als dritte Personen, denen er Beistand geleistet habe. ...

Ein unberechtigter Lohnabzug. Der Schweißger ...

Ein behaltenes Spargeld. Der Arbeiter Wagner ...

Bernichtete Nachrichten.

Der Belgier aus Leopoldhafen. In Hamburg wurde ...

Der Herr Baron war zunächst nach Bremen gereist, hatte ...

Das Erdbeben in Chile. Gleich in den ersten Tagen ...

Schnitt etwa 3500 Erdbeden zum Opfer fallen. In Perioden, die ...

Robinsons Insel. Die man durch das chilenische Erdbeben ...

Der politische Massenstreik. Fabrikant: Sagen Sie mal, ...

Meine Chronik.

Bei lebendigem Leibe verbrannte der Sohn des Gutbesizers ...

Ein Lufterd. In Wilhelmshaven fand man die etwa 29jährige Frau ...

Der Tod eines kleinen Knaben in Ohligs führte zur Enttaltung ...

Ein trübes Bild. Der Tod eines kleinen Knaben in Ohligs führte zur Enttaltung ...

Der in Paris unter dem Vorwand des Diebstahls verhaftete ...

Erzproben, die von Regierungsbeamten vorgenommen wurden, hätten ...

Das Erdbeben in Südamerika. Das Erdbeben in Chile hat auf den Petroleumfeldern im Staate ...

Das Erdbeben in England. In Matlock in der englischen Grafschaft Derby wurden Montag ...

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, ist soeben ...

In demselben Verlage ist erschienen: Die Mutterchafts- ...

Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanz- ...

Vereins-Kalender.

Abt. Radfahrerclub Soltau. Vereins- ...

Briefkasten.

S. 100. Das tiefste Bohrloch in Europa ist in Farnschowitz ...

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Jungbunzlau, Farnschowitz), date, and water level. Includes sub-sections for 'Unterhalb' and 'Oberhalb'.

Ein diebischer Staatsrat.

Der in Paris unter dem Vorwand des Diebstahls verhaftete ...

Neue Goldfunde?

Der in Paris unter dem Vorwand des Diebstahls verhaftete ...

Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag den 30. August, abends ...

deutscher Staatsangehöriger durch die revolutionäre Bewegung Schadenersatz zu beantragen. — Sie soll also für sich nicht —

Odeffa, 28. August. In vergangener Nacht wurde in der Kasapler Vorstadt die aus fünf Köpfen bestehende Familie eines Getreidehändlers ermordet und 10 000 Rubel sowie mehrere Wertgegenstände geraubt. Der Mörder, ein entlaufener Sträfling, wurde verhaftet.

Simbirsk, 28. August. Bei der Öffnung einer von Simbirsk in Dniestr eingetragenen Postsendung wurde das Fehlen eines Betrages von 28 000 Rubeln festgestellt.

Helsingfors, 27. August. Die hiesige Abteilung der Staatsbank hat ihre Tätigkeit eingestellt.

London, 28. August. (Sig. Drahtbericht der „Volkstimme“.) „Central News“ melden aus Odeffa, daß dort nicht unbedeutende Arbeiterunruhen ausgebrochen seien. 15 000 Arbeiter veranfaßten einen Umzug. Da sich Polizei und Militär den Demonstranten, welche die Schnapsläden schloßen, entgegenstellten, entbrannte ein Straßenkampf mit den zum Teil bewaffneten Arbeitern. Das Militär gab Salven ab, wodurch 81 Personen getötet und 250 verwundet wurden. Bei den Soldaten wurden 17 Mann vermißt.

Moskau, 28. August. (Cigner Drahtbericht.) Revolutionäre Scharen versuchten, sich des Waffendepots der Station Pablana zu bemächtigen. Die Besatzung schlug jedoch nach einem heftigen Kampfe die Angreifer zurück. Von den letzteren wurden mehrere getötet.

Kiew, 28. August. (Cigner Drahtbericht.) Die Bauern des Wolgarebietes schlichen sich den Revolutionären an. Mit Dreiflügel und Hengeln bewaffnet fordern sie, daß ihnen gute Waffen gegeben werden sollen. Als ihnen dies verweigert wurde, brannten sie eine Anzahl von Häusern der Gutbesitzer nieder. Einige Wolgareiter sind ebenfalls schon getötet.

London, 28. August. (Sig. Drahtbericht der „Volkstimme“.) Ein Offizier in Warschau hielt an die Soldaten eine Ansprache, in der er sie zu einem Vorgehen gegen die Juden als die Mütter aller Revolutionäre aufforderte. Der Gouverneur hat sein Palais mit einem Wall von Soldaten umgeben. Die Polizei hat beim Polizeipräsidium und beim Gouvernementspalais Bomben im Boden vergraben vorgefunden, die zur geeigneten Zeit losgehen sollten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 28. August 1906.

Achtung, Stadtverordnetenwähler!

Seht die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl nach! Sie liegen vom 15.—31. Aug. für die Altstadt im Steuerbureau, Spiegelstraße 1, 1. Etz., Zimmer 9, für Südstadt, Neustadt und Budau in den Rathhäusern der betreffenden Stadtteile aus. Es ist nötig, daß die Stadtverordnetenwähler sich überzeugen, daß ihre Namen in der Liste stehen. Wer verhindert ist, selbst Einsicht zu nehmen, wende sich an folgende Stellen:

Magdeburg: Albert Gorgas, Blaubeilstraße 10, Gustav Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16, Eduard Thiering, Tischlerkrugstraße 28, Böhring, Bahnhofstraße 15b, Aug. Wolkenhauer, Blumenstraße und Kaiserstraße-Ecke 57, Anton Büchtemann, Knochenhauerstraße 27/28.

Wilhelmstadt: Carl Lanau, „Luisenpark“, Spielgartenstraße 10.

Alte Neustadt: Wilhelm Rademacher, Ottenbergstraße 13, Heinrich Bühro, Moldenstraße 43/45.

Neue Neustadt: Grafmann, Hofstraße 4b, Heinrich Grunow, „Weißer Hirsch“, Franz Niffe, Umfassungstraße 21, Aug. Rämpf, Hennigstraße 13, früher Leopoldstraße.

Südstadt: Franz Königstedt, „Berthier Bierhalle“.

In der Altstadt, Neue und Alte Neustadt und Südstadt müssen die Genossen in diesem Herbst wählen. In diesen Stadtteilen müssen die Wählerlisten also ganz besonders sorgfältig geprüft werden.

Vom Bierkrieg.

Von den Arbeitern Magdeburgs muß alles verteuerte Bier zurückgewiesen werden. Solange die Wirte sich passiv verhalten, haben die Konsumenten nur die Forderung zu erheben, daß ihnen das Bier nicht verteuert wird. Wirte und Brauereien mühen sich dann darüber einig zu werden, wie die Steuer tragen soll. Wenn aber die Wirte sich weigern, diese Steuer zu tragen, dann tun sie das mit Recht und sobald sie bei dieser Weigerung etwas Energie zeigen, werden sie die Unterstützung der Konsumenten finden. Aber die Magdeburger Wirte verhalten sich ganz apathisch und wollen sich anscheinend ohne Widerstand das Fell über die Ohren ziehen lassen.

In anderen Orten, wie wir schon in sehr zahlreichen Fällen melden konnten, raffen sich die Wirte zu recht erfolgreicher Gegenwehr auf. Sie widerlegen sich gemeinsam mit den Konsumenten der Bierpreishöhung und greifen auch stellenweise zur Selbsthilfe. So hat sich kürzlich in Berlin die Genossenschaft zum Betreiben einer Vorkühnbrauerei aus den Mitgliedern des Verbandes der Wirt- und Schankwirte Berlin und Umgegend gebildet, die im Verein mit der schon bestehenden Genossenschaftsbrauerei in Friedrichshagen und den ringförmigen Brauereien der Brauereiarbeitervereine und die Gastwirte mit Lagerbier zu alten Preisen versorgen will. — In der Umgegend von Frankfurt a. M. folgen die Wirte überall dem Beispiel ihrer Kollegen in Frankfurt, d. h. sie verteuern das Bier, um dadurch zu erreichen, daß überhaupt kein Bier mehr getrunken wird, damit überall der Dohle einsteht. So jetzt auch in Höchst und Malsheim a. M. — Die Wirte von Bornheim haben den Bierverkauf eingestellt. Auch hier führen manche Wirte kein Bier mehr und andere bringen bereits ringförmig Bier zum Ausschank. In Frankfurt a. M. erklärte eine Brauereiarbeiter-Versammlung, daß gegen die Bierpreis-erhöhung energisch Front zu machen sei. Die Versammlung machte in einer Resolution den Vorschlag: die Brauereien und die Wirte tragen zur Hälfte den Ausschlag, und die Bierkonsumenten erhalten das Bier zum alten Preise. Die Brauereigenossenschaft der Flaschenbierhändler und Wirte in Frankfurt a. M. hat sich konstituiert. Mehr als fünfzig Frankfurter und auswärtige Händler und Wirte haben sich zusammen-geschlossen und die Badische Brauerei in Sachsenhausen angeklagt. Die Bierlieferung aus der Genossenschaftsbrauerei, die bereits in eigener Regie betrieben wird, erfolgt vom 1. Oktober an.

In einer gestern beschlossenen Wirterversammlung in Noyda wurde nach langer Beratung beschlossen, die Bierpreis-erhöhung der Brauereien rundweg abzulehnen, dagegen an dem Mindestpreis von 15 Pfg. für das halbe Liter festzuhalten. — Die mecklenburgische Zone des Deutschen Gastwirteverbandes hat sich bereit erklärt, die Brauereien

gemeinsam mit den Brauereien zu tragen. — Die der Nordwestdeutschen Brauereiarbeitervereine ausgesprochenen Brauereien haben beschlossen, den Bezugspreis des Bieres zu erhöhen. Die Wirte wollen gleichfalls die Kosten nicht tragen, sondern womöglich in irgend einer Form auf das Publikum abwälzen. In einigen Städten Schleswig-Holsteins hat das Publikum gegen diese Preis-erhöhung Front gemacht, und mit dem Boykott aller Wirtschaften gedroht, die Bier von Brauereien der Brauereiarbeitervereine ausgeben. Der Protest hat bereits die Wirkung gehabt, daß viele Wirte ihre Wirtshäuser, die Preise zu erhöhen, aufgeben haben. Sie drohen den Brauereien ebenfalls einen Boykott an und erklären, künftig nur ringförmig Bier ausschanken zu wollen. Man rechnet in einigen Kreisen mit der Möglichkeit einer Sprengung des Ringes. — In Düsseldorf wollen die Wirte den Preis für das Bier beim Verkauf aber die Strafe erheblich erhöhen. In den Wirtschaften soll der alte Preis bleiben. Es soll Aussicht vorhanden sein, daß sich die Brauereien mit dieser Schöpfung des Publikums einverstanden erklären. Natürlich die Konsumenten wollen sich aber wehren. — Ein Gesamtverband schlesischer Brauereien zur gegenseitigen Anerkennung der über die Bierpreise getroffenen Abmachungen sowie zum Schutz gegen unlaute Wettbewerber ist in Breslau gegründet worden. Er hat sofort mit den Brauereiverbänden Berlin, Brandenburg und Posen Unterhandlungen eingeleitet zur Herbeiführung von Gegenseitigkeit in den wirtschaftlichen Vereinbarungen.

Zur Lokalfrage. Seitdem die Magdeburger Arbeiter aus dem von Herrn Gernerzhäuser und Herrn Lange über sie verhängten Boykott ihre Lehren gezogen haben, entfallen beide Herren eine auf-fallende Reklame für ihre Wirtschaften. Herr Lange, der sich über die geschäftliche Erfolglosigkeit der Militärmusik teilweise recht abfällig äußerte, hält sie jetzt für sehr nötig. Auch Herr Gernerzhäuser er-schreit gegenwärtig seine an Zahl so geringe Kundschaft mit Militär-musik. Am letzten Sonntag abend gegen 9 Uhr sah er sich veranlaßt, das Licht vor dem Haupteingang zu löschen, wodurch die zarten Glieder einiger junger Damen in die größte Gefahr gerieten, denn sie kamen viel schneller die Treppe herunter als ihnen lieb war. Will denn Herr Gernerzhäuser durch das Aus-löschen des Lichtes neugierigen Augen die Gelegenheit nehmen, sich von dem Verkehr einen Einblick zu verschaffen, oder nötigt ihn die gegenwärtige Geschäftslage bereits zu dieser auffälligen Sparsamkeit, die seinen „Gästen“ die gesunden Glieder kosten kann? Herr Lange hat dem Neugierigen seines Lokals dadurch einen auffälligeren Eindruck verliehen, daß er für einen Schutzmannsposten Sorge getragen hat. Ein recht überflüssiges Tun! Was erwartet denn Herr Lange eigentlich?

Es versteht sich von selbst, daß sich die Fische-Dunkerfische als Schutztruppe der Militärverwaltung, die indirekt die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts beschränkt, fühlen. Am 1. September halten sie eine Mitgliederversammlung im „Krisalpalast“ ab. Jeder mit Berechtigungsbescheinigung ausgerüstete Mensch wird natürlich danach streben, daß die Arbeiterklasse dasselbe Recht erlangt, das die andern Bevölkerungsklassen bereits haben.

Das Gewerkschaftskartell veranfaßt eine öffentliche Versammlung am Donnerstag den 6. September im Lokale des „Dreifaltigkeitsbundes“. Genosse Plötze aus Forst wird über das zeitgemäße Thema die Arbeiterfrage in politischer und volkswirtschaftlicher Beziehung sprechen. Die Arbeiterfrage ist jetzt noch mehr als früher in den Vordergrund gerückt, so daß ein guter Versammlungserfolg zu erwarten ist. Am kommenden Donnerstag den 30. d. M. findet eine Sitzung des Kartells statt, in welcher der neu anzustellende Arbeitersekretär gewählt werden soll. Lichtbilder, Vorträge und Rezitationen abend sind für November d. J. und Januar ev. Februar nächsten Jahres arrangiert. Am 22. November spricht zunächst der beliebte Redner Gause über das Thema „Nullane und Erbsen mit Veranschaulichung der neuen Ereignisse“. Der Vortrag wird durch 100 Lichtbilder illustriert.

Der Frauen- und Mädchenbildungsverein, Bezirk Wilhelmstadt, hielt gestern abend eine Versammlung im „Luisenpark“ ab, in der Arbeitersekretär Weis ein Vorträg über Volkswirtschaft hielt, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter „Geschäftliches“ wurde die Genossin Ferchland zur Regierkassiererin gewählt.

Die neue Privatpost in Magdeburg. Der „Gen.-Anz.“ ist über den Neinsatz, zu dem ihm die Polizei verholfen hat, völlig sprachlos. Er hat sich noch nicht getraut, seinen Lesern mitzuteilen, daß seine mit dem Ton des Besserwissenden gebrachte Nachricht falsch war und daß in Magdeburg doch eine Privatpost errichtet wird. Dabei sind mittlerweile schon Einzelheiten, die uns allerdings schon, wie wir unsre erste Notiz brachten, bekannt waren, in die Öffentlichkeit gedrungen. Es ist eben recht unangenehm, wenn man sich selber be-fähigen muß, daß man gründlich hineingefallen ist.

Die Privatpost wird den Namen „Courier“ führen. Sie wird von der Firma Maubert & Co. in Berlin eingerichtet. Der Mitbesitzer der ehemaligen Privatpost „Courier“ hat die Leitung für Magdeburg in Händen. Ueber die Art des Betriebes sei bemerkt, daß die Firma Adresskarten ausgibt, die den zu besördernden Gegenständen beigegeben werden. Unter vier Sendungen gleichen Inhalts werden nicht befördert. Sie dürfen keine Aufschriften etc. tragen; in der Adresse sind nur allgemein gehaltene Worte, z. B. „Gnädige Frau“, „Werte Firma“, gestattet. Bei der Aufgabe ist genau darauf zu achten, daß die für die Adresse beigegebenen Adresskarten in dem Briefumschlag durch die darin befindliche Wand von den eigentlichen Karten getrennt bleiben. Die Beförderung wird nach folgendem Tarif erfolgen:

Karten und unverschlossene Briefe 2½ Pfg., Warenproben bis 250 Gramm 2½ Pfg., bis 500 Gramm 5 Pfg., Drucksachen bis 50 Gramm 1½ Pfg., bis 250 Gramm 2½ Pfg., bis 500 Gramm 5 Pfg., bis 1000 Gramm 10 Pfg., keine Handpakete bis 2 Kilogramm 10 Pfg., Gebirgsbeweisungen, Einziehung von Geldbeträgen und Quittungen usw. bis zur Höhe von 5 Mk. 5 Pfg., bis 100 Mk. 10 Pfg. Formulare können ausgestellt aufgegeben werden und werden dann gegen Empfangs-schein kostenlos abgeholt. Einholungen von Unterschriften für Polices, Akte usw., Beförderung von Drucksachen, Zeitungen, Einladungen usw. bei regelmäßiger Beförderung nach eingetragener Liste. Drucksachen ohne Adressen bis 5000 Stück pro Tag 7,50 Mk., bei Massenablieferung nach Vereinbarung. Auf Wunsch Abholung von größeren Massen-sendungen aller Art, Auszahlung von Rechnungen usw., Einziehung von Quittungen usw.

Die „M. Ztg.“ stellte kürzlich in einem Artikel die Forderung auf: „Die Bahn wieder frei für die Privatpost!“ Das Blatt verlangte die Befreiung der hemmenden Gesetzesbestimmungen. Es ging ganz gut ohne Privatposten, solange wir das billige Disposto hatten. Das ist aber auf Veranlassung der Nationalliberalen und zwar durch den Mund ihres Abgeordneten Böttger befeitigt worden, um — dem Staat eine größere Einnahme zu verschaffen. Da macht es sich denn wirklich ganz nett, wenn jetzt dieselben Nationalliberalen herkommen und die Bahn für die Privatposten frei verlangen, wodurch dem Staat wieder die Einnahmen aus der Kasse gehen.

Zum Zustand der Wähler. Die Verhandlungen der Lokalkommission mit den Wählervereinigungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß bei den Wählern die Arbeit wieder aufgenommen wird. Es wurde die 9½stündige Arbeitszeit bei 47½ Pfg. Stundenlohn bewilligt. Die Wählerfrage ist, daß der Bezug von anherhalten fern gehalten wird, dann werden auch die Ausständigen bald untergebracht sein. Die Firmen, welche noch nicht fertig sind, sind: Carl Linnert & Co., Spiritfabrik, W. Fährmeier, Dachpappenfabrik; Walter Boye, Konfekt- und Süßwaren- und Wilhelm Fröh, Fassbandlung, Südstadt. Es befinden sich noch 22 Wähler im Zustand.

Zur Zigarettensteuer. In den Kreisen der Zigaretten- und Zigarettenhändler herrscht seit einigen Tagen über die Fiktion der Aus-führungsbestimmungen zum Zigarettensteuergesetz eine außerordentliche Aufregung. Seitens des Hauptsteueramtes haben in der letzten Zeit die Revisionen der Verkaufszahlen stattgefunden, wobei denjenigen In-habern von Verkaufsgeschäften, die direkt hinter ihrem Laden einen kleinen Raum hatten, worin sie dann und wann Zigaretten — nicht Zigaretten — herstellten, gemäß dem Gesetz aufgegeben wurde, diese Arbeitsstätten zu räumen und sie in einen andern Raum zu verlegen. Da dies bei einer großen Anzahl von Geschäften, besonders den kleinen nicht möglich ist, so die Einnahmen nicht so hoch sind, um den vorhandenen Räumlichkeiten noch neue hinzuzumieten, so muß mancher von diesen Händlern, der sich notdürftig durchs Leben geschlagen hat, vor dem Ruin. Die verlangte Räumung der Arbeitsstätten stellt sich tatsächlich als eine Härte dar, wenn sie auch im gesundheitlichen Interesse der Betroffenen häufig nur zu begründen ist. Unwillen hat es auch erregt, daß die als Steuermarkt abgegebene Wanderrolle, die von den In-habern der Zigarettengeschäfte selbst um die vorhandenen Bereiche ge-keht werden muß, nicht einmal gummiert ist. Abgesehen von der nicht gerade angenehmen Arbeit, die das Umkleben mit den Steuer-händlern verursacht, sollen auch noch die mit dieser Arbeit bedachten Händler den Klebstoff selbst bezahlen. Dies ist eigentlich ein ganz un-billiges Verlangen. Die Geschwindigkeit, mit der die reaktionäre Reichstagsmehrheit dem Volke die Unzahl neuer Steuern aufzuhallen sich bemüht, scheint ihre Wirkung auch bei der Durchführung des Zigarettensteuergesetzes geküßert zu haben.

Eine Erbschaft von 75 138,90 Mark ist neuerdings wieder der Stadt Magdeburg zugefallen. Der Erbschaft ist der am 29. Juni d. J. in Weiskoben verstorbene Geheime Regierungsrat Karl Kofft. Nach § 2 des Testaments sollen neun Zehntel der Erbschaft an solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts verteilt werden, welche nachweisen können, daß sie zu dem Erblasser in ehelichen verwandtschaftlichen Verhältnissen stehen, einen ausländischen Lebenswandel geführt und sich einem höheren Studium gewidmet haben. Das einzelne Stipendium soll 800 Mark jährlich betragen und darf von keiner Person mehr als dreimal bezogen werden. Das letzte Zehntel erhält die Stadt-gemeinde, um es zu ähnlichen Zwecken an hier ortszugehörige Personen zu verteilen. Der Magistrat hat die Annahme der Erbschaft beschlossen und erucht in einer Vorlage, daß sich die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung ebenfalls damit einverstanden erklären.

Abgekürzt. Der Brauer Johann Sischakoff ist am Montag nachmittag in der Altendauerer Straße einige Meter hoch abgestürzt; er zog sich hierbei nicht unerhebliche innere Verletzungen zu, die seine Aufnahme in das altstädtische Krankenhaus notwendig machten.

Von Krämpfen befallen wurde am Dienstag vormittag nach 9 Uhr auf dem Breitenweg zwischen der Großen Münzstraße und Georgenstraße der an einer Krücke gehende und mit Hundehörnern handelnde Hausierer Heinrich Vobe. Durch den Sturz auf das Pflaster zog sich der Bedauernswerte derartige Verletzungen im Gesicht zu, daß er zunächst in den Hausflur des Warenhauses von Geb. Barack und von dort per Krankenwagen nach dem altstädtischen Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ein Balken- und Dielenbrand, der am Dienstag vormittag 11½ Uhr im Hause Braunschweigstraße 16 ausgebrochen war, konnte in kurzer Zeit durch ein Kommando der Feuerwehr gelöscht werden.

Eine Fundaktion findet am 31. August von 1 Uhr nach-mittags im Fundbureau der Eisenbahndirektion — Offizier des Hauptbahnhofs — hier statt.

Serenissimus auf Reisen. Nachdem der hohe Herr dem Viktoriaheater zur Freude seiner vielen Bewunderer wiederholt seinen Besuch abgestattet hat, werden allerhöchste dieselben vor dem Magdeburger Publikum an anderer Stelle zum letztenmal erscheinen. Die ersten Kräfte unserer Sommerbühne, die Damen Verthold, Holm, Richter, die Herren Steger, Krantz, Buch, Dietrich haben sich zu einem Abschiedsabend für Montag den 3. September im Brunnenhof „Häufiger“ vereinigt und sollen neben den „Serenissimus“ „Mittel- spielen die neu-einführten Einakter „Erldung“ und „Schmetterlinge“ sowie Max Dreger's beliebte „Diebstreume“ zur Darstellung gelangen. Der Kartenvorverkauf befindet sich in der Heinrichshofenschen Buchhandlung.

Direktor Mag. Samt, welcher seit Jahren im hiesigen Zirkus mit seinem Metropol-Ensemble Theater Vorstellungen gibt, beginnt mit demselben wiederum am Sonntag den 1. September sein Gastspiel im Zirkus. Zur Aufführung gelangt das Lustspiel „Heinrich Heine“ von Metz.

Letzte Nachrichten.

Mürnberg, 28. August. Wegen „Belästigung Arbeits-williger“ erhielten zahlreiche Streitende Strafbescheide. Das Gewerkschaftssekretariat hat gegen das vom Stadtmagistrat erlassene Verbot des Streikpostens stehens telegraphisch Be-schwerde bei der mittelfränkischen Kreisregierung erhoben. — Das Volksfest wurde am Montag wieder um 7 Uhr abends geschlossen, worauf eine nach vielen Tausenden zählende Volks-menge ruhig an der polizeilich bewachten und militärisch besetzten Automobilfabrik Anton (Inhaber Maurer) vorbei und hinein in die Stadt zog. Auch später ereignete sich nichts mehr von Bedeutung.

Mürnberg, 28. August. Die Arbeitgeber des Wan-gewerkes in Fürth haben beschlossen, bis zur Beendigung des Unstuhandes keine organisierten Arbeiter einzustellen und keine arbeitende Organisierte, wenn sie nicht auf die Mitgliedschaft ihres Verbandes verzichten, sofort wieder zu entlassen. Die Arbeitgeber sind gesonnen, nicht zu unterhandeln, sondern bei jeder soje Aufnahme der Arbeit zu fordern.

Hamburg, 28. August. Der zu Unrecht als „König“ ver-haftet gewesene Amerikaner Rosenbergl ist wieder in sein unheim Auswärtigen Amt, welches seine Verhaftung an-geblich für die erlittene Unterdrückungsgeldung einzugestehen

Gießen, 28. August. Die in Gießen zum erstenmal ver-fassten Mitglieder des Bundes der Landwirte werden dem Land-wirtschaftsminister v. Boddeker in einem Telegramm ihre vollste Unterstützung versichern. (Sie hätten sich in Gießen wie Bod, wenn sie an der Krippe gekauften, so die deutsche Art in Stadt und Land.“ Red.)

Leipzig, 28. August. Eine große Versammlung erklärte sich gegen das vom Räte der Sozialdemokratischen Partei beabsichtigte Ver-fahren für das Stadtverordneten-Kollegium. Da auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten gegen sind, kann dieses Wahlrecht als gescheitert gelten, wenn die „Soz. Ztg.“

Hamburg, 28. August. Der verhaftete Russe, ein etwa 35-jähriger Mann, nennt sich Schmitt und hat aus Göttingen her-gekommen. Er weigert sich über seine Person und seine Ziele auszusprechen. Er weigert sich über die Waffenbesitzung nach den russischen Offize-riren abzugeben, Bomben aber als Mittel zur Herstellung von Bomben hat man aber, entgegen andern Versicherungen, bei ihm nicht gefunden. Er spricht deutsch, russisch und polnisch. Bei ihm wurden sieben Patronenpatronen, sowie andere größere Posten von Schusswaffen vor-gefunden, die in letzter Zeit bei hiesigen Waffenhändlern gekauft worden sind. Munition wurde nicht gefunden. Die beschlagnahmte Flasche soll nicht mit Gift gefüllt sein.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 28. August: Mäßige westliche Winde; heiter. Trocken; wärmer.

